

VORWORT

Inhalt
Was ist los
in Afghanistan?
Seite 8
Konsequenzen aus dem
Kampf um Rheinhausen
Seite 6 und 7
Große Sieg
für Frankreichs Linke
Seite 9

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 101 - Juni 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Für eine sozialistische Zukunft

Der Jugend

Streiten sich die Geister schon darüber, wer denn noch jugendlicher sei und wer schon als junger Erwachsener betrachtet werden muß, so ist die Lebenssituation jugendlicher noch schwerer zu ermitteln. Einerseits sind die „Teens“ von heute eine heißumworbene Käuferschicht, mit der sich ganze Heerscharen von Werbemanagern und Marketingstrategen beschäftigen, um ihnen ihr Taschengeld zu entlocken. Andererseits ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit immer noch nicht gelöst. Es tauchen immer wieder Berichte in der Presse auf, die ein völlig anderes Licht auf die Lebenssituation jugendlicher in unserer „Wohlstandsgesellschaft“ werfen.

So kommen von 9,5 Millionen westdeutscher Schüler 1,3 Mio. aus Familien, die unter Langzeitarbeitslosigkeit leiden. Rund 300.000 Schulpflichtige müssen nebenher arbeiten, um das Einkommen ihrer Eltern aufzubessern. Selbst der Präsident des Bayerischen Lehrerverbandes, Dannhäuser, redet von einem großen Heer der von der „Neuen Armur“ betroffenen Schüler. Der Leistungsdruck auf den einzelnen Jugendlichen verstärkt sich: „Abi-Deforum“ und verschärfte Ausbildungsordnungen, die die Rechte der Auszu-

blenden noch zusätzlich schmälern, sind die jüngsten Beispiele dafür.

Leistungsgesellschaft

Welchen Ausbildungsplatz der einzelne für sich anstrebt oder gar welche Art von Leben er sich vorstellt, findet in den Berechnungen von Politikern und den Mächtigen in „diesem unserem Lande“ keine Berücksichtigung. Hier tritt, wie überall in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft, das Prinzip der Anpassung des Menschen an die Produktionsbedingungen, statt

umgekehrt, zutage. Die BRD braucht angeblich eine neue Elite, sonst sind wir laut einhelliger Auffassung unserer Bundesregierung, speziell der FDP, auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig, also werden sogenannte D-Zug-Klassen eingerichtet, deren Schüler das Schulsystem in 11 Jahren durchlaufen sollen und nicht wie bisher in 13 Jahren.

Die Folgen für diese Schüler als auch für diejenigen, die angeblich nicht intelligent genug sind, um eine solche Klasse zu besuchen, werden dabei überhaupt nicht berücksichtigt. Warum auch, dient das Modell doch nur dazu, eine „gesunde Konkurrenz“ zwischen den einzelnen aufzubauen à la Japan, wo schon Kleinkinder gedrillt werden, damit sie einmal den richtigen Kindergarten, die richtige Schule oder die richtige Universität besuchen können.

Dies ist in der BRD noch nicht der Fall, aber schon jetzt ist der Druck auf den Einzelnen so groß, daß die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei den versuchten Selbst-

morden am größten ist. Was dagegen tun, lautet die Frage, die sich angesichts solcher erschreckender Fakten



Die Angriffe der konservativen Regierung zwingen immer mehr Jugendliche, sich zu wehren.

Einheit im Kampf ist möglich Schwarz-Schilling kann besiegt werden!

„Wenn Bundespostminister Schwarz-Schilling Aufträge von der Bundesdruckerei verlagert oder die Schließung verfügt, so muß er sich auf einen Flächenbrand gefaßt machen.“ Dies erklärte der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, anläßlich einer Kundgebung vor streikenden Kollegen am 2.5.88 in Berlin.

„Darauf kann er sich verlassen“, so Waldemar Schütze, hessischer DPG-Bezirkssekretär. „Der Unmut bei den Beschäftigten in den Post-, Fernmelde und Postgrämtern ist groß, da reicht ein Funke.“

Der achtstägige Streik bei der Bundesdruckerei in Berlin, Bonn und Neu-Isenburg vom 27. April bis 6. Mai hat gezeigt, daß ein geschlossener Kampf von Arbeitern und Angestellten Angriffe abwehren und die Bundesregierung zum Rückzug zwingen kann.

Wenn auch aktive und bewußte Kolle-

gen mit dem Ergebnis nicht zufrieden waren, so hat der Streik einiges erreicht, was über Gehaltstarife und finanzielle Zulagen hinausgeht:

- Der Zusammenhalt zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen zwei verschiedenen Gewerkschaften ist größer geworden; das Selbstbewußtsein der Belegschaft ist gestiegen, Versuche der Spaltung hatten keine Chance.

- Der Versuch, durch kalte Aussperrung nach § 116 AFG die Belegschaften zu spalten, schlug fehl.

- Die Solidarisierung vor allem aus der Postgewerkschaft aber auch aus allen anderen Gewerkschaften und auch nur die Androhung eines „Flächenbrandes“ zwangen den Minister zu Zugeständnissen und Verzicht auf Maßregelungen.

Jetzt die gesamte DPG für einen „heißen Sommer“ fit machen. Schwarz-Schilling war über das Streik-Ende erleichtert und hat dann prompt in der folgenden Kabinetsitzung am 11. Mai seine überarbeiteten Pläne zur Post-Zerschlagung (Post-Deforum) eingebracht. In vielen Orten hat die DPG darauf mit Kundgebungen, Menschenketten und anderen Aktionen am gleichen Tag reagiert.

Unterschriftensammlungen und Infostände haben im Ansatz die Bereitschaft vieler Postler und auch weiter Teile der Bevölkerung bekundet, sich gegen Schwarz-Schillings Pläne zu wehren. In Hensenstamm (bei Frankfurt) hat die DPG-Jugend in einer zwei Wochen andauernden Mahnwache dagegen protestiert, daß der Post-Bezirk Hessen 270 von 593 auszubildenden Fernmeldehandwerkern nach Beendigung ihrer Lehre in die Arbeitslosigkeit entlassen will.

Jetzt muß der Widerstand gesteigert, vor allem konzentriert und zentralisiert werden. Eine bundesweite Großdemonstration und die praktische Vorbereitung von Flächendeckenden Arbeitskämpfabnahmen müssen die nächsten Schritte sein. Dabei ist eine Einheit im Kampf zwischen Postlern und Eisenbahnern schon längst überfällig.

Hans-Gerd Öfninger



Stellenbahn bei der Bundespost: Mehr Streik auch für die Briefträger.

Am 19. Mai legte Postminister Schwarz-Schilling auf den Tisch, worin die Postgewerkschaft und auch die Zeitung Voran schon seit längerem warteten: Das Porto soll am 1.3.1989 erhöht werden. Nahgespräche werden teuer, Ferngespräche billiger.

Die ersten Schritte hin zur Privatisierung werden gemacht. Siehe hierzu auch Artikel auf Seite 5 und 11

Der Kommentar

Mut zum Kampf nötig

Man kann es nicht oft genug betonen: Gerade dann, wenn ein Wahlkampf von der SPD polarisiert wird (Saarland 1985) oder wenn er es aufgrund besonderer Umstände sowieso schon ist (wie in Schleswig-Holstein), sind erdrutschartige SPD-Wahl Siege möglich. Denn es gibt in der gesamten Bundesrepublik in der Mehrheit der Bevölkerung eine tiefe Abscheu gegen die Kohl-Regierung. In der Nachkriegszeit hat es nur die SPD (zwei Mal) geschafft, aus der Opposition heraus direkt eine absolute Mehrheit zu erobern. Es gibt viel mehr potentielle SPD- als CDU-Wähler, denn im Kern ist die SPD eine Arbeiter-, die CDU eine bürgerliche Partei. Die bürgerlichen Parteien gewinnen dann Wahlen, wenn die SPD in ihrer Politik und ihrem Programm keine sichtbare Alternative darstellt. Dann wählen viele lieber das Original als die Kopie, was durch die jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg erneut bestätigt wurde.

Björn Engholm vertritt einen SPD-Landesverband, der wie er selbst ein linkes Image hat. Das Wahlvotum vom 8. Mai heißt also: Eine linke Politik konsequent durchführen. Die zwei wichtigsten Maßnahmen, die die neue SPD-Landesregierung jetzt in Angriff nehmen muß, sind: Ausstieg aus der Atomenergie bei Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten und Beschäftigungsmaßnahmen, die aus den Taschen der Unternehmer und aus dem Bonner Staatssäckel finanziert werden müssen.

Bevölkerung gegen Atommafia mobilisiert

Die Erfahrung in anderen Bundesländern zeigt aber, daß dies nicht über Willensserklärungen, Diskussionen mit dem Bundeskanzler und den Unternehmern oder nur mit Gesetzen des Landesparlaments durchführbar ist. Es ist abzusehen, daß die Atommafia mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln (von Klagen vor Gericht bis zur ökonomischen Erpressung) die SPD-Landesregierung Schleswig-Holsteins bekämpfen wird, wenn sie z.B. Brokdorf abschalten will. Schon 1981 bekämpfte sie in dieser Frage den Hamburger SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose so vehement (vor allem über ihre Verbindung zur SPD-Rechten), daß Klose das Handluch warf und zurücktrat, obwohl ein Hamburger SPD-Parlament mehrheitlich gegen Brokdorf stimmte und die SPD in Hamburg noch die absolute Mehrheit hatte. Auf Björn Engholm könnten ähnliche Widerstände zukommen. Die SPD-Führung Schleswig-Holsteins sollte dann nicht aufgeben, wie es Klose tat, sondern Mitgliedschaft und Bevölkerung gegen die Atommafia mobilisieren. Nur so könnte bei Gegenwehr der Kapitalisten der Ausstieg wirklich geschafft werden.

Wir stehen vor einer neuen wirtschaftlichen Rezession. Für die Länder und Kommunen wird dadurch der finanzielle Spielraum enger. Verschärfen kann sich die Situation zusätzlich, wenn die Steuerreform von der Kohl-Regierung durchgesetzt wird. Nur an einer Stelle häuften sich riesige Summen an: Bei den Profitten der Unternehmer. Soziale Reformen können nur dann auf Dauer Wirklichkeit werden, wenn man an dieses Geld rankommt. Selbst Verschuldung zur Finanzierung von Verbesserungen im Interesse der Arbeiterklasse ist ubergangsweise tragbar, wenn gleichzeitig alle SPD-regierten Länder eine gemeinsame Front bilden, gegen Bonn mobilisieren – gerade in der Frage der Steuerreform – und sich zusätzlich mit den Gewerkschaften zusammenschließen und mit ihnen gemeinsam das von den Unternehmern gestohlene Geld einfordern.

Konkurrenz zwischen SPD-Ländern

Ohne solche Schritte erliegt man sonst leicht der Versuchung, selbst mit Sparpolitik auf dem Rücken der Arbeiter zu beginnen, wie leider schon im Saarland zu beobachten ist. Eine solche Politik hat oft sogar Auseinandersetzungen zwischen SPD-regierten Ländern zur Folge, weil sie sich um Industrieanstellungen streiten (Standortpolitik). Zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein hat es noch zu Barschlofs Zeiten wachsende Konkurrenz in dieser Frage gegeben. Ohne gemeinsames Vorgehen gegen Kohl und Kapital würde diese Konkurrenz weitergehen, auch unter den SPD-Regierungen.

Die Konsequenzen wären: Auf mittlere Sicht Vertrauensschwund und Enttäuschung. Im Moment sind die Chancen für SPD und auch für die Jungsozialisten phantastisch. Es ist möglich, daß viele neue und vor allem junge Menschen in die Partei in Schleswig-Holstein eintreten. Wenn sich die SPD-Führung auf die eigene Mitglieder- und Wählerbasis stützt, kann sie in jedem Kampf bestehen, wenn sie ihn aufnimmt.

Es wäre fatal, wenn Engholm aus der SPD-Wahlanalyse „Einbruch in neue Wählerschichten“ die Schlußfolgerung ziehen würde, daß jetzt eine zahme, kapitalorientierte Politik nötig sei, um die „wissenschaftliche Intelligenz“ nicht wieder abzuschrecken. Nicht dazu wurde er gewählt, sondern weil die Wähler einen radikalen Wandel erzwangen!

Im Saarland hat es 1985 und noch später eine Welle an Parteimitriten und im Anschluß Neugründungen von Juno-A-Gen gegeben. Doch viele Jugendliche haben sich wegen ihrer Enttäuschung mit der Politik Lafontaines wieder frustriert zurückgezogen. Das wäre vielleicht nicht passiert, wenn die Juno-Vorstände die Jugendlichen mehr darauf orientiert hätten, auch innerparteilich für ihre Vorstellungen kämpfen zu müssen, wenn Lafontaine Rückzieher macht. Dies darf jetzt bei aller berechtigter Freude in Schleswig-Holstein nicht versäumt werden.

Arbeitsplatzdiskussion

Opfer der Arbeiterpartei das System nicht

Vorbei sind die Zeiten, als Oskar noch mit seiner Forderung nach einem – nach bürgerlichem Recht illegalen – Generalstreik gegen die „Nachrüstung“ das Kapital, aber auch Teile der staatstragenden Gewerkschaftsbürokratie schockte.

Heute zeigt sich der „rote“ Oskar moderater. Gemüthlich quatscht er mit seinem „Kollegen“ Späth und beide entdecken, wenn wunderts, eine Menge Gemeinsames.

Allerdings läßt sich die „Lohn-“, neuerdings „Einkommensverzichts“-Diskussion nicht allein auf die Person Lafontaines reduzieren. Viel mehr trifft sie das Kernproblem des Reformismus in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs.

Die Zeiten, in denen man ohne große Auseinandersetzungen ein paar Krümel von der kapitalistischen Festtafel erteilschen konnte, sind nun mal vorbei. Das Kapital ist trotz der Gewinnexplosion in den letzten Jahren nicht bereit, auch nur ein paar Promille abzurufen. Die Perspektive einer tiefen Rezession läßt nach der Unternehmertlogik etwas anderes gar nicht zu. Zugeständnisse, oder sogar bloß der Erhalt des mehr als unzureichenden Ist-Zustandes – der Kampf um den Erhalt der Bundespost wird dies wieder zeigen – erfordern eine unläs sende Mobilisierung.

Große, dringend notwendige Reformen wie etwa eine drastische Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Einkommensausgleich sind nur mit dem Einsatz der gesamten Kampfkräft der Arbeiterklasse durchsetzbar. Es bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Zeichen der Zeit erkennen, d.h. daß dieses System der absoluten Mehrheit der Mensch keine Zukunft mehr bieten kann, ein Weiterbestehen sogar die Existenz der gesamten Menschheit gefährdet – also ein Konzept, eine Strategie zur Überwindung des kapitalistischen Systems entwickeln, oder sich der Logik des Systems unterwerfen, in der Hoffnung, in den Grenzen des Bestehenden doch noch ein Schlupfloch zu finden.

Kapital und Arbeit

Lafontaines Vorstoß ist die Folge einer Politik, die es aufgegeben hat, sich für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen. Anstatt den Klassencharakter dieses Systems deutlich zu machen, wird der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verbunkelt, die Spaltungstrategie des Kapitals verstärkt durch Begriffe wie „Besserverdienende, Arbeitsplatzbesitzer usw.“. Da man den Verteilungskampf zwischen den Klassen ausgeglichen hat, bleibt nur noch der Verteil-

lungskampf innerhalb einer Klasse, also innerhalb der abhängig Beschäftigten. Erklärt wird das Ganze durch den schon allzuoft mißbrauchten Begriff der Solidarität.

Während Lafontaine offen eine Umverteilung innerhalb der Arbeitnehmerschaft fordert, dies neuerdings auch mit der notwendigen Gleichstellung der Frauen begründet, gingen und gehen die anderen etwas geschickter vor. Ideen wie „Solidarbeitrag“



Lafontaine kapitalisiert vor dem Kapital, oder „Ergänzungsabgabe für Besserverdienende“ geistern schon lange in der Sozialdemokratie herum.

Allerdings sollte das Geld nicht direkt in den Rachen des Kapitals geworfen werden, sondern vermittels des Staates. Wie zuverlässig dieser „unser“ Staat dabei wohl verfahren wird, läßt die Nukem-/Alkern-Affäre erahnen. Daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „... auch Opfer von denjenigen,

Schleswig-Holstein-Wahl

Ganzvoller Sieg für die SPD

Vielen war klar, daß die SPD die Landtagswahl in Schleswig-Holstein gewinnt. Daß es aber möglich war, auf einen Schlag von 45,2% auf 54,8% zu kommen, hat wohl niemand gedacht.

Die Wahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai brachte einen völligen Umschwung der jahrzehntelangen Mehrheitsverhältnisse mit sich, die SPD gewann 9,6%, die CDU sackte von 42,6% auf 33,3% ab. Die Mehrheit der Bevölkerung hat den bürgerlichen Parteien eine Ohrfeige verpaßt, die für die ganze Situation in der Bundesrepublik wichtig ist. Die Regierungspartei in Bonn sitzen alles andere als fest im Sattel, überall ist die Stimmung gegen sie.

Sicher spielte die Barschlofsaffäre eine große Rolle beim Wahlstieg. Immerhin handelte es sich hierbei um den größten Skandal der Nachkriegsgeschichte, der bei vielen Leuten das Vertrauen in die bürgerliche Demokratie erschütterte. Aber die SPD hätte wohl auch ohne die Affäre gewonnen.

Ergebnis war die Fortsetzung eines schon vorhandenen Trends.

Viele ehemaligen CDU-Wähler sind zur SPD gewechselt. Hätten sie der CDU nur einmal einen Denkzettel wegen der Affäre verpassen wollen, wären sie eher zu Hause geblieben. Sie haben in dieser Wahl aber politisch die Seite gewechselt. Die Wahlbeteiligung stieg sogar leicht von 76,6% (1987) auf 77,4%. Die Wahl war auch eine Abstimmung über die arbeiterefeindliche Politik der Kohl-Regierung. Dabei spielt in Schleswig-Holstein noch die Tatsache eine besondere Rolle, daß die CDU während ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit ihr Unvermögen auch im wirtschaftlichen Bereich bewiesen hat.

Auch die FDP erlitt eine schwere Niederlage. Mit 4,4% kam sie nicht mehr ins Parlament, obwohl sie weniger mit der Barschlofsaffäre in Verbindung gebracht wurde.

Fortschrittliche Forderungen

Deshalb ist das Wahlergebnis auch eine Aufforderung an die SPD-Führung – sowohl national als auch in den einzelnen Bundesländern –, Konsequenzen gegen die A-Abstraktion zu ziehen.

Lafontaine hat leider sowohl der Gefamernere der Unternehmer, c Lohnkosten seien zu hoch, die Turz SPD aufgestoßen, als auch recht Gewerkschaftsbürokraten wie Rap profitieren. Kollege Steinkühler, d seinen Position nach seinem fraglichen Vorgehen im Kampf um Rheinhausen angeschlagen war, konnte die berechtigte Kritik vieler IG Metalller da Lafontaine vorerst in den Hintertgrund drücken. Lafontaine und C haben der SPD und somit der gesamten organisierten Arbeiterbewegung einen Bärendienst erwiesen. Es bleibt die Aufgabe der Marxisten in der SPD, als auch der aktiven Parteibasis, c SPD-Führung auf den richtigen Weg zu bringen. Die SPD muß wieder ihren klassenkämpferischen Traditionen zurückkommen.

Frank Kirsch, Köln
Jungsozialist

Schleswig-Holstein hat wieder einmal bewiesen: Fortschrittliche Forderungen wie Ausstieg der Kernenergie sind nicht nur kein Hindernis für Wahlerfolge; gerade dort, wo die SPD mit relativ linken Positionen Wahlkampf machte, waren erdrutschartige Wahlsiege möglich. Das war schon 1985 im Saarland der Fall.

Mit 2,9% haben die Grünen ihr schlechtestes Ergebnis eingetragen, seine in Schleswig-Holstein kandidierte. Hier zeigt sich, daß sie vor allem einer Anti-SPD-Partei sind, die selbst dann keine Chance hat, wenn eine Wahl vor dem Hintergrund einer einschneidenden Staatsaffäre stattfindet, die SPD aber ein linkes Image hat. Der glänzende SPD-Sieg hat die Spannungen in der CDU/FDP-Koalition zusätzlich verschärft. Dies sind hervorragende Bedingungen, ein großangelegte bundesweite Kampagne gegen die Politik der Bundesregierung durchzuführen. Die SPD-Spitzen sollte die zu laue Oppositionspolitik aufgeben und von den SPD-regierten Ländern aus durch eine vorbildliche Politik den Kampf beginnen. Dann wird es noch viele Schleswig-Holsteins geben!

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Ohnger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansating 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: P-GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59 - 430

Psychisch Kranke

Abfall der Gesellschaft?

Weshalb wird jemand psychisch krank, und wie läßt es sich erklären, daß die Zahl dieser Fälle drastisch zunimmt?

Es wird geschätzt, daß 1% der Bevölkerung unter schweren Depressionen leiden und 1-2% im Laufe ihres Lebens an Schizophrenie (Bewußtseinsspaltung) erkranken. Weiterhin steigt die Zahl der Magersüchtigen und Bulimikerinnen (Freß-Brechsucht) drastisch an. Wenn man sich unsere Gesellschaft so betrachtet, ist dies auch nicht weiter verwunderlich.

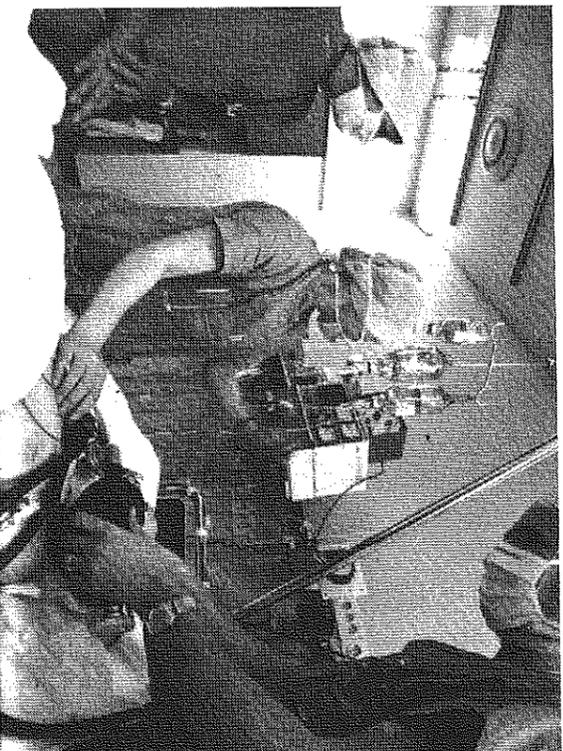
Wie viele Leute arbeiten bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, um sich ihren Lebensunterhalt zu sichern. Der Streß am Arbeitsplatz nimmt ständig zu, damit noch mehr aus den Arbeitern herausgepreßt wird. Auch der psychische Druck, die Angst vor Arbeitsplatzverlust, darf nicht unterschätzt werden. Dies führt natürlich zu enormen Spannungen in der Familie. Mütter und Väter, die den ganzen Tag arbeiten, haben keine Zeit, sich um ihre Kinder zu kümmern. Langzeitarbeitslosigkeit, die leider allzoon in Resignation, Familienkrächen und Alkohol sucht endet, bekommen auch schon die Kleinkinder zu spüren. Und durch die Verschärfungen des Abtreibungsparagrafen 218 werden immer mehr unerwünschte Kinder geboren, die nur mit Widerwillen großgezogen werden und allein dadurch schon Schäden bekommen können.

All dies ist ein idealer Nährboden für psychische Erkrankungen. Außerdem braucht man sich unsere Welt voller Widersprüche bloß einmal genau anzugucken: Auf der einen Sei-

te gibt es die entwickelten Industriestaaten, in denen ein beträchtlicher Teil der Menschen übergewichtig sind, und auf der anderen Seite verhungern täglich viele Kinder in den unterentwickelten Ländern. Pro Tag werden auf den internationalen Geldmärkten ca. 150 Milliarden US-Dollar gehandelt, während allein in der Bundesrepublik Tausende von Menschen unter dem Existenzminimum leben. Dies geht so weit, daß einige „radikale“ Psychologen der Meinung sind, Schizophrenie sei die eigentlich angemessene Reaktion auf unsere Gesellschaft.

Nun, darüber kann man sich streiten. Klar wird jedoch wieder einmal, daß diejenigen, die die Krankheiten mitverschafft haben, nicht bereit sind, für die Heilung zu bezahlen! Wer kaputt ist und aus dem Produktionsprozeß herausfällt, wird für die Unternehmer uninteressant und darf sehen, wo er bleibt. Schließlich bringt er nun anstatt des Profits nur noch zusätzliche Kosten!

So ist die Situation in den Psychia-



Unsere Welt voller Widersprüche treibt Menschen in den Wahnsinn oder - wie hier - in den Selbstmord.

ter, gelinde gesagt, bescheiden. Neuteren, die geschlossenen Kliniken bis auf wenige Ausnahmen nur als billige Aufbewahrungsstätten für die Kranken. Es herrscht ein so gravierender Personalmangel, daß in vielen Anstalten kaum noch die physische, geschweige denn eine vernünftige psychologische Behandlung gewährleistet werden kann.

Die Ärzte des Krankenhauses Bre-

Abstellgleis

men-Nord haben sich mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit gewandt, in dem sie erklären, daß sie wider ihrem Willen die Kranken mit Psychopharmaka vollpumpen müssen, da ihnen für einen Behandlung einfach nicht die Mittel und Kräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Außerdem ist zu wenig Pflegepersonal vorhanden, um ein Eingehen auf die persönlichen Probleme und Anliegen der einzelnen Patienten, die es ja dringend nötig hätten, sicherzustellen. Das Ergebnis sind genervte und gestreifte Schwestern und schlecht behandelte Patienten.

Abstellgleis

Und Bremen-Nord ist kein Einzelfall! So wie dort sieht es in fast allen Kliniken der BRD aus. Die psychisch Kranken werden auf ein Abstellgleis geschoben und kaserniert, damit möglichst niemand von ihnen Kenntnis nimmt. Mit Medikamenten werden sie gleichzeitig ruhiggestellt und in ständiger Abhängigkeit gehalten. Sie können sich ja nicht wehren! Ihnen sind alle gesellschaftlichen Rechte entzogen. Sie haben kein Wahlrecht und sind (angeblich) sowieso nicht urteilfähig. Ihre Familie und Freunde haben sich im Verlauf der Krankheit von ihnen zurückgezogen und Politiker haben kein Interesse an ihnen, da sie ja so-

birte Stoewalze, Bremehaven Jungsozialist

Rücktritt von Dohnanyi Weg zum Sparkurs erleichtert

Hamburgs erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat seinen Rücktritt zum ersten Juni 1988 angekündigt. Hamburgs Senator für Bundesangelegenheiten, A. Pavelick, ist zurückgetreten. Die Frage ist jetzt, wie wird es in Hamburg in Zukunft weitergehen und welche Folgen hat dieser Schritt für die Stadt?

Die erste Reaktion der Hamburger SPD war tiefe Betroffenheit und Ratlosigkeit. Keiner wollte offen Gründe, die zu diesem Rücktritt geführt haben, benennen. Die Begründung, die Klaus von Dohnanyi selbst angeführt hat, daß er nunmehr seit 20 Jahren politisch aktiv sei und seit 18 Jahren in Regierungsverantwortung steht, mag ihm angesichts der politischen Lage in Hamburg wohl keiner so recht glauben. Es liegt nahe, diesen Schritt mit den jüngsten Ereignissen und Auseinandersetzungen um die Hafenstraße in Verbindung zu bringen. Aber eine Hafenstraße allein reicht kaum aus, einen so engagierten Spitzenpolitiker aus seinem Sattel zu werfen. Es muß also noch andere Gründe geben.

Dohnanysis Rücktritt erinnert sehr an den Rücktritt des damaligen Bürgermeister Klose. In einer Situation, in der die SPD-Basis nach links tendiert, die Parteiführung jedoch nach rechts, ist die Position des Bürgermeisters eine sehr unattraktive.

Es ist in der Hamburger SPD seit langem kein Geheimnis mehr, daß die Parteirechte einen Kurs hin zu einer radikalen Sparpolitik und zu einer strikten Innen- und Sicherheitspolitik streifen. Durch den Rücktritt Klaus von Dohnanysis ist es für die Rechtsaußen der SPD wie Bausenator Eugen Wagner und Innen senator Volker Lange eher möglich geworden, ihre Vorstellungen von Politik zu verwirklichen. Wir werden also in der nächsten Zeit mit noch härteren Sparmaßnahmen, noch häufigeren Polizeieinsätzen rechnen müssen, zumal sich die SPD-Führung jetzt hinter der Koalition mit der FDP verstecken kann. Als nächster Kandidat bietet sich der als dem rechten Parteiflügel zugehörige Henning Voscherau an. Es gilt als sicher, daß der erklärte Schmidt-Anhänger einen verstärkten Sparkurs vertreten wird. Dabei wird er sich allerdings keinesfalls auf eine einheitliche Parteibasis stützen können. Vor allem Engsteln im Nachbarland Schleswig-Holstein hat Hoffnungen wachgerufen, daß die SPD-Führung auch eine völlig andere Politik machen kann, als dies in Hamburg der Fall ist.

Richtungswechsel

Für den linken Flügel der Hamburger SPD muß es jetzt heißen, seinen legitimen Anspruch auf die Führung

CDU-Statistik-Trickserei

Difflamierung der Arbeitslosen

Die CDU will es einfach nicht wahrhaben: Die Arbeitslosenzahl steigt stetig. Deshalb will sie jetzt auf ihrem Parteitag im Juni in Wiesbaden wieder einmal die Arbeitslosenstatistik fristieren. Grund: eine halbe Million Arbeitslosersuche sowieso nur einen Teilzeittjob, 30.000 gingen trotz Arbeitslosengeld schwarz arbeiten und weitere 30.000 wären sowieso nicht mehr zu vermitteln. Da sind schon 560.000 Arbeitslose, die offiziell dann nicht mehr auftauchen. Mehr noch: Um zu vertuschen, daß die Bundesregierung bei der Arbeitsmarktpolitik und der Beschäftigungspolitik versagt hat, beginnt jetzt eine Difflamierungskampagne gegen die Arbeitslosen.

Beispiel Lothar Späth: In einer Fernsehsendung sprach er sich dafür aus, Zwangsmitel (erinnert ja wohl an Arbeitsdienst) gegen arbeitslose Jugendliche einzuführen. Bei wiederholtem Ablehnen eines Jobs sollten ihnen 20% oder mehr der Sozialleistungen gekürzt werden. Sein Specker Manfred Zech fordert sogar eine Neudifferenzierung der „Zumutbarkeit“ von Arbeits- und Ausbildungsangeboten.

Spaltung der Arbeitslosen

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Mathias Wissmann drückt es noch drastischer aus: Viele arbeitslose Jugendliche liegen schon bei Vorstellungsgesprächen durchblicken, daß sie gar nicht arbeiten wollen. Deshalb fordert er, daß

wieso keine Stimmen bringen. Somit haben psychisch Kranke keine Lobby, die sich für sie einsetzt.

Offene Wohnstätten

Doch einmal ganz abgesehen von den Mißständen, die in der heutigen Psychiatrie herrschen, sollte auch grundsätzlich die Form dieser Anstalten in Frage gestellt werden. Es kann schließlich nicht das Ziel sein, die Kranken lebenslanglich in eine Institution einzusperren! Schließlich haben viele von ihnen gute Chancen, bei vernünftiger Behandlung zumindest soweit geheilt zu werden, um wieder selbständig leben zu können. Daher ist es wichtig, auch die Möglichkeiten zu schaffen, diese Menschen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Hierfür gibt es sogar einige Versuchsmodelle.

So wurden z.B. in Italien sogenannte offene Wohnstätten eingeführt, und in Bremen läuft ein ähnliches Experiment. Hier werden Wohnungsbesitzer von sich in Behandlung befindenden Personen gebildet, die hier - betreut von Pflegern - lernen, wieder ein selbständiges Leben zu führen. Der Erfolg ist, wie erwartet, groß.

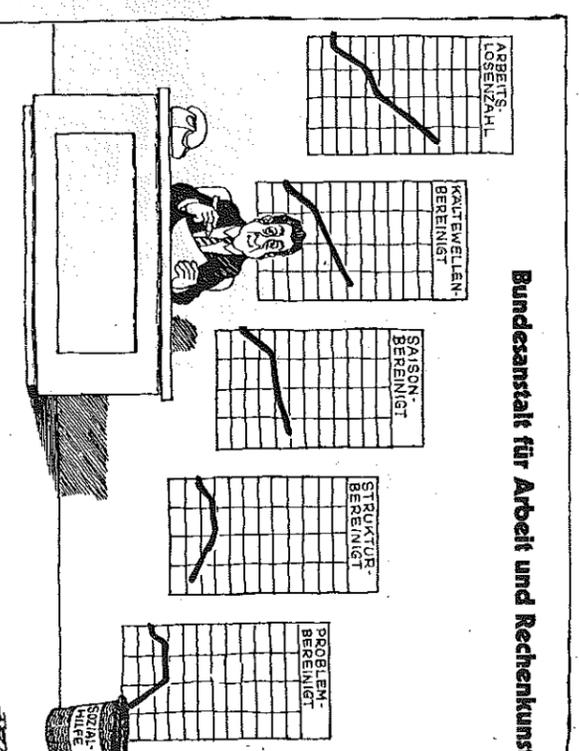
Um die Anfalligkeit für psychische Krankheiten zu mildern, sind sofort drastische Maßnahmen erforderlich. So würde z.B. die Herabsetzung der Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden, natürlich bei gleichem Lohn -, die Aufhebung sämtlicher Akkord- und Leistungsbestimmungen und ein gesetzlicher Mindestlohn viel Druck von den Arbeitern nehmen. Gleichzeitig muß ein gutes Freizeitangebot eine ausgleichende Beschäftigung anbieten. Weiterhin würde die Abschaffung von Atomraketen und eine wirkungsvolle Bekämpfung der Umweltverschmutzung die Zukunftsangst abbauen und so den Krankheitsanfall Teil des Bodens entziehen.

Außerdem müssen sofort genügend Mittel zum Ausbau der Psychiatrien, zur Einstellungen von genug qualifiziertem Personal und zur Schaffung von alternativen psychiatrischen bereitgestellt werden, damit die psychisch Kranken nicht länger als Abfall der Gesellschaft in Mülltonnen aufbewahrt werden. Nur so können alle Heilungschancen genutzt und eine Wiederintegrationsleistung in die Gesellschaft, soweit möglich, gesichert werden!

Doch leider wird diese Behandlungsförderung bei der Sparpolitik „unserer“ Regierung eine Seitenbahn bleiben. Denn sie kostet natürlich viel Geld. Und da, wie immer, zuerst bei den Kleinen, und zualererst bei den wehrlosen Leuten gekürzt wird, werden psychisch Kranke in unserem System nie eine wirkliche Heilungschance bekommen. Es sei denn, sie haben genug Geld, um ihren eigenen Psychiater zu haben.

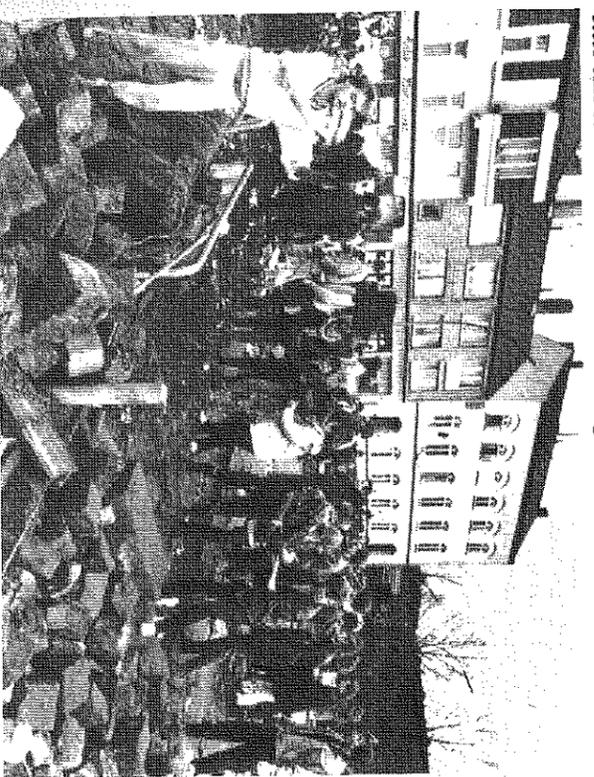
Birte Stoewalze, Bremehaven Jungsozialist

Bundesanstalt für Arbeit und Rechenkunst



sich Industrie- und Wirtschaftsorganisationen zusammensetzen, um noch härter durchzugreifen. Jedem, der eine Stelle ablehnt, solle sofort das Geld gesperrt werden, da die arbeitswilligen Arbeitslosen dem schlechten Licht der arbeitsunwilligen entrückt werden müßten. Hier sieht man schon, daß jetzt auch eine Spaltung der Arbeitslosen bewirkt werden soll. Wir dürfen uns diese Difflamierungskampagne nicht gefallen lassen. Wenn die Bundesregierung versagt muß die SPD eine Alternative setzen. Dies geht jedoch nur auf einer sozialistischen Grundlagend, da das Arbeitslosenproblem dann schnell vom Tisch wäre. Laßt uns gemeinsam in der SPD für eine solche Grundlagend und ein sozialistisches Programm kämpfen.

Hendrik Dahms, Köln Jungsozialist



Schon beim Versuch, den Konflikt um die Hafenstraße zu lösen, stieß Klaus von Dohnanyi auf

„Feminisierung der Arbeit“ Zukunft für Frauen?

Seit Jahren versucht die CDU/CSU durch die Hintertür eine weitere Verschärfung des §218 zu erreichen. Das soll jetzt mit Hilfe des sogenannten Beratungsgesetzes (besser Bevormundungsgesetz) geschehen:

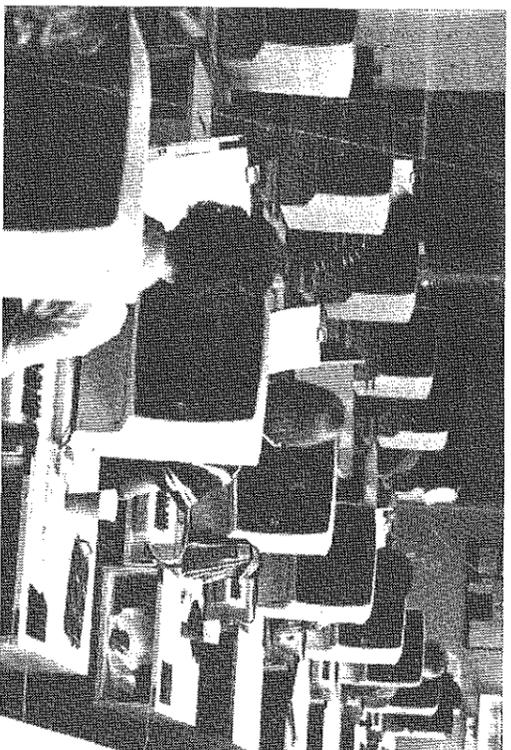
- Beratungsstellen sollen nur noch staatlich gefördert werden, wenn sie „einseitig zugunsten des Lebens beraten“.
- Freunde, Ehemann, Eltern und Arbeitgeber (!) können in die Beratung miteinbezogen werden.
- Ärzte, die Indikationen stellen, sollen verpflichtet werden, an Fortbildungsmaßnahmen „zum Schutz der ungeborenen Kinder“ teilzunehmen.
- Ärzte dürfen nicht mehr gleichzeitig Indikationen stellen und beraten, d.h. Frauen müssen zwei Ärzte aufsuchen.

Zu allem Überflus erdreisten sich die Konservativen wieder, von Mord und Moral zu sprechen. Die gleichen Konservativen, die es überhaupt nicht interessiert, wie sehr sich das Leben von Frauen in den letzten Jahren verschlechtert hat.

Jede 5. ledige Frau ist inzwischen Sozialhilfempfängerin. Ein Viertel aller alleinstehenden Mütter ist auf Sozialhilfe angewiesen.

Wie sollen diese Mütter ihr Kind großziehen? Das ist Blüm, Geißler und Süßmuth egal - Hauptsache, „ihre“ Moral stimmt.

Auch die wenigen Frauen, die noch Arbeit haben, sind immer stärkeren Angriffen der Unternehmer ausgesetzt. Immer häufiger werden Frauen in ungeschützte, flexible und gering entlohnte Tätigkeiten abgedrängt. Nur die Unternehmer profitieren davon, wenn z.B. Kassierinnen „auf Abbruch“



Frauen an Bildschirmarbeitsplätzen: Für viele sind Haltungsschäden, Selbststörungen und erhöhte Strahlenbelastung die Folge.

arbeiten. Sie müssen zu Hause auf einen Telefonanruf warten, um dann in Stoßzeiten für zwei Stunden im Geschäft zu stehen.

1/3 aller Frauen verrichtet inzwischen Teilzeitarbeit, oft ohne soziale Absicherung. Millionen von Verkäuferinnen wären durch die geplante Änderung des Ladenschlußgesetzes betroffen. Sie hätten mit noch schlechteren Arbeitszeiten zu rechnen.

Frauen als Reservarmee

Das Kapital will die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen. Frauen sollen als flexible, allzeit bereite Reservarmee dienen, niedrig bezahlt, zusätzlich durch Hausarbeit belastet.

Dagegen können Frauen sich nur wehren, wenn sie in der Arbeiterbewegung, also in SPD und Gewerkschaften, aktiv werden. Deshalb ist es bedeutend, wenn sich auch die Jungsozialisten mit der Lage der Frauen beschäftigen. Unter dem Motto „Zukunft für Frauen“ soll eine Kampagne zur Frauenfrage im Mittelpunkt der Arbeit stehen. Doch welche Ziele, welche Strategie soll dabei verfolgt werden?

Die Jungsozialisten des „Hannoveraner Kreises“ haben etwas Überraschendes entdeckt: Sie glauben, daß

unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der vergangenen Erfolge der Arbeiterbewegung eine „Feminisierung der Arbeit“ zu verzeichnen sei. Das Kapital benötige „zunehmend die historisch gewachsenen Fähigkeiten der Frauen, wie Kooperationsbereitschaft, Kreativität, Belastbarkeit“ (gerade für Führungspositionen).

Dieses, sowie die gewachsenen Ansprüche von Frauen, gelte es zu nutzen „für einen frauenorientierten Umbau des Sozialstaates, der Erwerbsarbeit und des öffentlichen Lebens“. Es könne zwar auch zu Verschlechterungen kommen, aber es gäbe die Chance, die neuen Technologien zugunsten von Frauen zu nutzen (Quelle: Jusos wohin, Bezirk Mittelhain).

Erfreuliche Aussichten für alle arbeitenden Frauen? Aber die Wirklichkeit viele Frauen sieht leider etwas anders aus. Immer noch sind von den 3 Mio. Arbeiterinnen in der BRD 90% un- oder angelernt. Von „Führungspositionen“, die das Kapital ihnen anbietet, haben sie noch nichts bemerkt. Fließbandarbeit, monotone Tätigkeiten, einseitige Belastungen sind alles,

was ihnen geboten wird. Auch im Bitro, wo hauptsächlich die Technikstrukturstärker, tragen die Frauen nur deren negativen Folgen: Haltungsschäden, Schstörungen und Strahlenbelastungen durch Bildschirmarbeit.

Hier ist jetzt schon klar: Solange die Unternehmer das Sagen haben, wird jede technische Neuerung den Profitten der Unternehmen nützen, den Arbeitern und ihrer Gesundheit aber schaden.

Schwerstarbeit

Im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen arbeitet ein Viertel aller Frauen. Auch hier führen, weibliche Eigenschaften nicht zu angenehmer Arbeit. Heben, Tragen usw. ist oft Schwerarbeit, hinzu kommen Nacht- und Schichtarbeit und durch Sparrmaßnahmen immer mehr Streik. Eines ist klar: Die wirtschaftlichen Perspektiven für die nächsten Jahre sind schlecht, d.h. auch die Lage der

arbeitenden Frauen wird sich eher verschärfen. Alle Angriffe der Kohle- und Stahlindustrie, die Gesundheitsreform, wie §218, Gesundheitsreform oder Sozialkürzungen sind nur Vorbereitungen, was noch auf uns kommt. Wo ist denn unter solchen Bedingungen der Verteilungsspielraum für einen „frauenorientierten Um- des Sozialstaates, der Lohnarbeit des öffentlichen Lebens“?

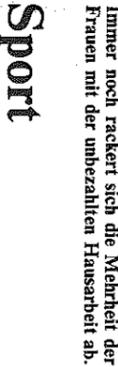
Auch die „wissenschaftlich-technische Revolution“ wird keineswegs einem neuen Aufschwung und einer neuen Phase von Reformen führen, sondern nur zu großen Verschlechterungen für die Masse der Arbeiterinnen. Der Sprung einzelner Frauen in „Führungspositionen“ dert daran auch nichts.

Selbstverständlich lohnt es, geplante Verschlechterungen und Illusionen zu kämpfen. Aber es ist eine Illusion, anzunehmen, daß im Kapitalismus dauerhafte Gleichberechtigung möglich sei. Und noch illusionärer es, zu glauben, man könne in der wissenschaftlichen Krisenzeiten der Gleichberechtigung auch nur einen Schritt näher kommen.

Der Kampf für Frauenbefreiung muß verbunden werden mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Nicht die Frauen allein werden Träger dieser Umwandlung sein. Nur die gemeinsame Kampf aller Arbeiterinnen und Männer, bietet die Chance dazu.

Wenn wir neue Frauen für die Jungsozialisten gewinnen wollen, müssen wir unsere Arbeit an den Frauen der Arbeiterklasse orientieren. Gegen die konservativen Angriffe müssen wir mit eigenen Forderungen vorgehen:

- Weg mit dem §218
- Statt Teilzeitarbeit tägliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Verbot von KAPOVAZ (Arbeit auf Abruf)
- Keine Änderung des Ladenschlußgesetzes
- Keinen Dienstleistungsabend
- Mindestlohn von 1500 DM netto
- Genügend kostenlose staatliche Kinderhorte und Kindergärten
- öffentliche Restaurants und Wäschereien, um Frauen von der Haushaltskerei zu befreien
- Maria Kümmel, Aachen
- Jungsozialistin



Immer noch rackert sich die Mehrheit der Frauen mit der unbezahlten Hausarbeit ab.

Sport Fit für den Klassenkampf

Man stelle sich folgendes Bild vor: Bei den diesjährigen Olympischen Spielen würde ausgelost werden, welcher Athlet in welcher Disziplin startet. Da würde vielleicht eine rumänische Kunstturnerin von 1,45m Größe und 35kg Gewicht im Kugelstoßen antreten und ein kubanischer Gewichtheber von 1,80m Größe und 160kg Gewicht sein Glück am Schwebelbalken versuchen.

Die Karrikatur wäre perfekt. Hochleistungssportler könnten häufig einen Schwebelbalkenmaß anfragen und in der Straßenbahn auf einen Sitzplatz pochen.

Leider ist die Situation für den einzelnen gar nicht zum Lachen. So wird dem übertrainierten 24jährigen Skiläufer Marc Girardelli von Sportmedizinem prophezeit, daß er in fünf Jahren auf Krücken gehen muß. Immer mehr Fußballprofs müssen ihre Karriere vorzeitig als Sportinvaliden beenden. Etwa hundert Radrennfahrer starben in der Geschichte des Radrennsports an Doping, einige fielen während des Rennens einfach totgedoppt vom Rad.

Inzwischen kann man davon ausgehen, daß Schach die einzige dopingfreie Sportart ist. Ist das noch Sport? Oder: Ist Sport Mord?

Laut Lexikon bedeutet Sport „sich zusetzen, Sammelbezeichnung für die an spielerischer Selbstentfaltung und am Leistungsstreben orientierten Formen menschlicher Betätigung, die der körperlichen und geistigen Beweglichkeit dienen.“ Es ist deshalb sinnvoller vom Sport des Kleinen Mannes

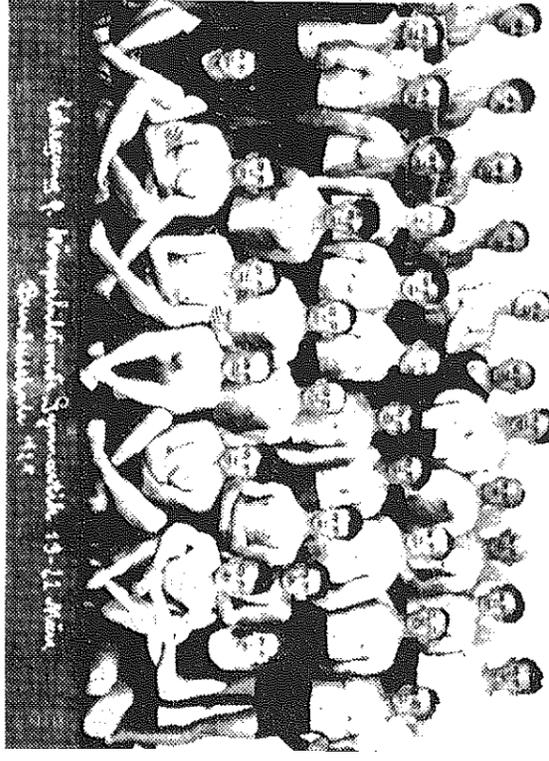
als von Boris Beckers Matchball zu sprechen.

Zugegeben, zusammen mit Freunden ins Stadion zu gehen macht einfach Laune und ist eine willkommene Abwechslung. Folgende Beispiele verdeutlichen jedoch, welche positiven Einflüsse aktiver Sport für den einzelnen haben kann. Eine vierzigjährige Frau fängt an zu laufen, zunächst wird es nur wenige hundert Meter klappen. Die negativen Seiten scheinen zu überwiegen, das Laufen ist zunächst anstrengend. Der folgende Muskelkater bestätigt dies. Angenommen, sie läuft nun öfter, vielleicht zusammen mit

Freunden, stellen sich bald kleine Erfolge ein. Verstärktes Interesse und allgemeines Wohlbefinden sind erreicht. Ein Sieg, der für sie mehr zählt als Ben Johnson zu bewundern, der hundert Meter in 9,8 sec. zurücklegt.

Oder ein Junge, der anfängt, im Verein Fußball zu spielen. Er wird merken, daß er nur was erreichen kann, wenn er mit den zehn anderen Mitspielern zusammenspielt. Sein erstes Tor oder auch nur das Gefühl dazuzugehören wird ihn überglücklich machen.

So spielt die Leistung und das Mes-



Die Arbeitersportvereine boten Ausgleich für die einseitige körperliche Belastung am Arbeitsplatz.

Eine Woche Urlaub und Politik in Schweden?

Sommerlager der schwedischen marxistischen Zeitung „Offensiv“ - vom 8.-14. Juli 1988

- an einem See bei Göteburg (Südschweden)
- Kosten ca. 120,- DM plus Reisekosten (Es wird ein Fahrtkostenausgleich durchgeführt, so daß ca. 100 DM Reisekosten pro Teilnehmer anfallen.)
- politische Seminare, Musik, Schwimmen, Bootfahren, Sport, Spiel

Anmeldungen an: Offensiv, Box 374, 12303 Farsta, Schweden

sen mit dem Gegner zwar eine Rolle - aber nicht das Bestiegen um jeden Preis wie im Leistungssport. Es gibt Mannschaften, die feiern auch ein verlorengegangenes Spiel - weil sie gut gespielt haben und es Spaß gemacht hat, also doch ein Sieg.

Sport im eigentlichen Sinne fördert also nicht nur die Gesundheit, sondern auch das Selbstvertrauen, das Zusammengehörigkeitsgefühl und macht einfach nur Spaß. Im Sport kann man eine schlichte Erfahrung machen, die auch für jede gewerkschaftliche und politische Arbeit grundlegend ist: Gemeinsam sind wir stark.

Arbeiterturnvereine

Eine Erfahrung, die die deutsche Arbeiterbewegung schon Mitte des 19. Jahrhunderts machte. Angewendet vom Hurrapatriotismus der deutsch-tümehnden Turner bildeten sich bald Arbeiterturnvereine. Sie agitierten die proletarischen Mitglieder von bürgerlichen Vereinen und verstanden sich als Teil der sozialistischen Bewegung. Z.B. kämpften die Arbeitervereine entschieden für die Emanzipation der Frau. Clara Zetkin forderte die Frauen auf, sich durch Turnen fit zu halten.

1913 versammelten sich in Gent zum erstmaligen Delegierte von Arbeitersportvereinen aus Belgien, Frankreich und England. Doch durch das Versagen der Führer der Sozialdemokratie vereinigten sich die Arbeiter-

Schlachtfeldern Europas. In der Weimarer Republik wurde die Sozialistische Arbeiterinternationale gegründet mit 1,9 Mio. Mitgliedern. Höhepunkte waren die Arbeiterolympiade 1925 in Frankfurt, 1931 in Wien und 1937 in Antwerpen.

1936 war eine Gegenolympiade in Berlin in Barcelona geplant, die Faschisten unter Franco stellten die Athleten jedoch vor andere Aufgaben (für spanischen Bürgerkrieg) - viele traten den internationalen Brigaden bei.

Aktiv werden!

Nach dem Krieg gingen viele Traditionen der Arbeiterbewegung verloren. Unter anderem auch der politische Charakter vieler alter Arbeiterturnvereine. Überriggeblieben sind fast nur noch die Naturfreunde, in deren Satzung der demokratische Sozialismus als erstrebenswertes Ziel festgeschrieben ist.

Heute ist es gut, wenn Genossinnen und Genossen in Sportvereinen aktiv werden um Sport zu treiben und sich als Sozialisten zu erkennen geben.

Darüberhinaus wäre auch einbezug auf Juso-Ebene möglich. Zum Beispiel ein Fußballkleinfeldturnier innerhalb eines Unterbezirks, eine Volleyballbegegnung zwischen zwei Unterbezirken. Gibt es Erfahrungen oder noch bessere Ideen? Leserbriefe erwünscht.

Stefan Frisahn, Stuttgart

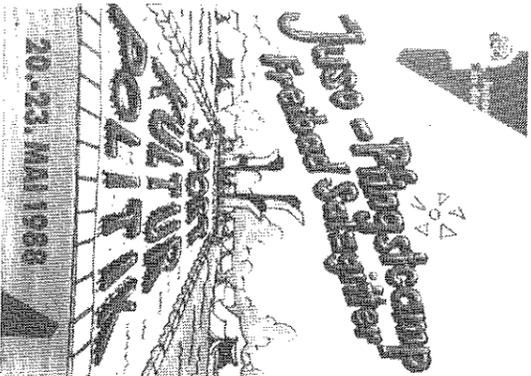
Pfingstcamp der Jungsozialisten

Bewegung an der Basis

1000-1200 junge Leute kamen zum diesjährigen Pfingstcamp der Jungsozialisten in Salzgitter. Daß die meisten Teilnehmer unter oder um die 20 Jahre alt waren, zeigt, daß es in der letzten Zeit in einigen Teilen der BRD viele Neueintritte gegeben hat.

Durch die Entwicklungen in der Gesellschaft in den letzten Jahren, v.a. durch die arbeiter- und schülerfeindliche Politik der Kohl-Regierung kommen wieder mehr Jugendliche zu dem Schluß, daß sie politisch aktiv werden müssen. In vielen Städten, wo es keine aktive Juso-Arbeitsgemeinschaft gibt, gründen sie selbst welche, oft mit einer Beteiligung von 15, 20 Leuten. Dies ist ein großes Potential, um Kampagnen für sozialistische Forderungen durchzuführen und den Kampf für die SPD zu verstärken.

Die Durchführung des Pfingstcamps selbst war deshalb ein positiver Schritt, denn es führte viele Jungsozialisten zusammen, bot Gelegenheiten sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und überhaupt einmal über den Tellerrand der eigenen örtlichen Arbeit hinauszublicken.



Das Pfingstcamp stand unter dem Leitthema Atomkraft, Wiederarbeitung und Endlagerung. In Salzgitter soll im Schacht Konrad Atomfall endgelagert werden, obwohl dies mit großen Risiken verbunden ist. Es ist richtig, den Standort eines solchen Camps nach politischen Gesichtspunkten auszuwählen. Aber so wichtig der Kampf gegen die Atomenergie ist: Wäre das Camp in diesem Jahr nicht ein noch viel durchschlagender Erfolg gewesen, wenn es z.B. in Rheinhausen stattgefunden hätte? Der Kampf der Krupp-Kollegen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze stand über mehrere Monate im Mittelpunkt des Interesses der gesamten Arbeiterklassen und der Jugend. Gegenüber vorherigen Auseinandersetzungen hatte er eine neue Qualität, v.a. in der Hinsicht, daß viele Kollegen sich mittlerweile wegen ihrer Erfahrungen mit sozialistischen Ideen auseinandersetzen wollen. Gerade, wo erfreulich viele junge Leute das Pfingstcamp besuchten, hätte man die Gelegenheit gehabt, ihnen die Rheinhäuser Erfahrungen näherzubringen, damit sie daraus lernen. Denn ähnliche Bewegungen wird es in Zukunft in allen Teilen der BRD geben.

Positiv erwähnen muß man auch, daß der Juso-Bundesvorstand das Leitthema mit einer Demonstration durch Salzgitter verbunden hat. So kamen alle Teilnehmer zusammen und bekundeten gemeinsam ihren Willen, gegen die Atomenergie vorzugehen. Doch die Jusos blieben weitgehend unter sich. Beim nächsten Camp müssen wir darauf achten, daß bei solchen Aktionen in der Region selbst besser mobilisiert wird.

Insgesamt lief das Camp organisatorisch gut ab, aber es zeigte auch Mängel, die das nächste Mal vermieden werden müssen. Alle Camp-Teilnehmer kamen zu selten zusammen, es

gab keine Plenumsdiskussionen, es liefen dagegen zu viele Veranstaltungen parallel, z.B. die verschiedenen Projektgruppen. Auch die zu knapp gehaltenen politischen Veranstaltungen überschritten sich: Von so wichtigen Themen wie SPD-Geschichte, Stahlindustrie und Bundespost konnte der Themen wie SPD-Geschichte, Stahlindustrie und Bundespost konnte der Diskussionen des gesamten Camps. Es zeigte sich, daß immer mehr Jungsozialisten reformistischen Vorstellungen kritisch gegenüber stehen, weil die Wirklichkeit immer klarer zeigt, daß sie nicht funktionieren.

Politische Schwächen

In der Debatte um Perspektiven für die Stahlindustrie gab es gerade noch eine Handvoll Teilnehmer, die sich kritisch gegenüber der Verstaatlichung der Stahlindustrie aussprachen, obwohl sogar IG Metall-Funktionäre

Neonazis

Auf den Staat ist kein Verlaß

Im Zuge antifaschistischer Arbeit widmete unsere Juso-AG in Lübbeck-Kücknitz eine Mitgliederversammlung (MV) dem Thema „Neofaschistische Gruppierungen und Skinheads“.

Zum Thema Skins war ein Vertreter der Polizei-SOKO „Jugendgruppen“ eingeladen worden, der aber mit der Begründung absagte, er könne, kurz vor der Landtagswahl dazu nicht Stellung nehmen. Außerdem mußte er dann etwas zu allen Jugendgruppen (Punks, Teds etc.) sagen, nicht nur zu Skins. Die Polizei will wohl die Skins nicht als neofaschistische Gruppe sehen.

Da für die Mitgliederversammlung öffentlich eingeladen war, mußte auch mit dem Erscheinen von Skins gerechnet werden, da die in Lübbeck ohnehin zahlreichen Skins in Kücknitz eine Hochburg haben. Ein Genosse bekam

dafür kämpfen.

Insgesamt aber achtete der Juso-Bundesvorstand zu wenig darauf, daß das Camp politisch genutzt wurde. Es schien während des ganzen Camps, als hätten nur die Marxisten bei den Jungsozialisten um Voran politisch etwas auszusagen. Fast nur sie verteilten politisches Material und suchten die Diskussion über ihre Positionen.

Der Rote Markt der Möglichkeiten, ein Forum, wo Juso-Gliederungen ihre Arbeit vorstellen konnten, wurde ein totaler Mißerfolg, weil der Standort außerhalb des Camps verlagert wurde und weil der Bundesvorstand im Vorfeld des Camps Untergründungen nicht direkt anforderte, sich daran zu beteiligen. Daß selbst der Bundesvorstand seine eigene Arbeit nicht vorstelle, zeigt seine politische Schwäche. Das Camp fand immerhin vier Wochen vor dem Bundeskongress statt, und dieser würde wesentlich bessere Ergebnisse bringen, wenn auf

Positive Impulse

Innerhalb der Jusos wird zur Zeit stark über die Probleme der Frauen diskutiert. Führende Juso-Frauen versuchten, dem durch ein eigenes Frauencamp ohne Männer Rechnung zu tragen. Diese Frauempolitik der Selbstisolierung scheiterte aber. So wurde die Chance verpaßt, daß Männer und Frauen gemeinsam über die Probleme von Frauen, v.a. von Arbeitenden, diskutierten. Nur solche politischen Diskussionen entziehen auch Amnach-Versuchen von männlichen Teilnehmern den Boden.

Bei allen Mängeln aber hat dieses Pfingstcamp für viele Jungsozialisten positive Impulse gebracht und war insoweit ein Erfolg. Es ist überaus erfreulich, daß der Bundesvorstand nicht versuche, Marxisten bei der Verbreitung ihrer Ideen zu behindern, wie es früher öfter passierte. Dies trug auch zu der insgesamt sehr guten Atmosphäre bei. Das Interesse an den Ideen von Voran war außerordentlich groß: Rund 250 Zeitungen wurden verkauft.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

Faschisten unbewaffnet in den Versammlungsraum zu lassen, da die Versammlung öffentlich sei. Von der Ankunft weiterer 40 Antifaschisten, die auch in den Raum wollten, erfuhren wir nichts!

Zum Schluß der Versammlung sollten wir durch den Hintereingang den Raum verlassen, die Autos führen im Polizeikonvoi ab. Die Rädelführer wurden nicht verhaftet, die Bewaffnung der Skins übersehen, die Meute zwar beobachtet, nicht aber auseinandergetrieben, was bei linken Demos gegen die Faschisten durchaus üblich ist (z.B. NPD-Parteitag in Plön, Februar 1988). Wir wissen jedenfalls: Auf den Staat ist kein Verlaß! Kampf gegen Nazis!
Volfi Huffels, Lübbeck
Jungsozialist

JUSO-POWER GEGEN POST-KLAUER

Nun, wo die Folgen von Schwarz-Schillings Plänen offenkundig geworden sind, werden auch diejenigen, die es bisher nicht wahrhaben wollten, die Augen aufgegangen sein. Aber nicht erst jetzt, sondern schon im Laufe des Monats Mai haben überall Jusos und Postgewerkschafter über die Pläne informiert. Hier einige Aktionsbeispiele.

Hamburg

Rock gegen Schwarz-Schilling

Einige Jusos aus Hamburg-Altona wollen sich nicht mit der drohenden Zerschlagung und Teilprivatisierung der Bundespost abfinden. Deshalb möchten wir möglichst viele Menschen darüber informieren, mit ihnen ins Gespräch kommen und Unterschriften für die Postgewerkschaft sammeln.

Wir haben uns seit Mitte April jeden Samstag vor dem Hauptpostamt im Einkaufszentrum Altona postiert, gewappnet mit Flugblättern, Infostand, Gewerkschaftsmaterial und Unterschriftenlisten - und natürlich mit guten Argumenten gegen die Privatisierung des Fernmeldewesens. Das Echo war bisher überwiegend positiv, die Leute waren größtenteils gegen Auspaltung und Privatisierung der Bundespost. Es ergaben sich viele fruchtbare Diskussionen, aber auch Frustrationen gegen diese Regierung, die zusammen mit dem Kapital über die Köpfe der Bevölkerung entscheidet.

Wegen des großen Interesses am Thema vereinbarten wir, eine Veranstaltung dazu zu machen. Die Veranstaltung soll am 3. Juni stattfinden. Zuerst wollen wir das Thema Privatisierung und Zerschlagung der Bundespost diskutieren, mit einigen Referaten, auch von der Postgewerkschaft.

ren, bis es dann mit Essen und Getränken zu Live-Musik übergeht. Zwei Hamburger Bands werden spielen. Wir hoffen, es werden sich viele daran beteiligen und dieses Vorhaben des Kapitals nicht schweigend hinnehmen.

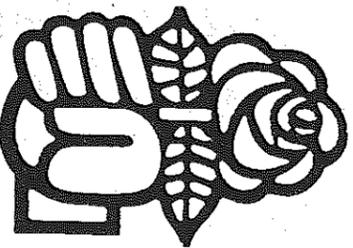
Jens Breust, Hamburg-Altona
Jungsozialist

Nürnberg

Gemeinsame Kampagne von Jusos und Postjugend

Wir machten zwei Info-Stände, bei denen wir Passanten über die Pläne Schwarz-Schillings informierten und Interessierte zu unserer nächsten AG-Sitzung einluden. Als Referentin an diesem Tag konnten wir eine Jugendvertreterin der Deutschen Postgewerkschaft gewinnen, die nochmals sehr gut die geplante Schweinerei deutlich machte.

Dies an das Referat anschließende Diskussion und unser Angebot, die Postler voll zu unterstützen, müssen Eindruck gemacht haben. Auf jeden Fall werden nun die Jusos Nürnberg-Maxfeld und die Postjugend gemeinsam



aktivierung der Post organisieren. Wir werden mit einem Büchertisch da sein und auch die Voran viel und gut verkaufen können. Vor allem aber werden wir den „politischen Teil“ des Info-Abends übernehmen, d.h. wir werden deutlich machen, welche Interessen hinter der Zerschlagung der Post stehen, nämlich einzig und allein die Profit-Interessen des nationalen und internationalen Kapitals.

Außerdem sind noch weitere Veranstaltungen geplant, denn der Kampf um den Erhalt unserer Post hat erst begonnen.
Martin Bittner, Nürnberg

Vor dem Postamt Aachen:

Aufsehenregende Aktion

Mit einer Pressekonferenz startete der gesamte Unterbezirk Aachen-Stadt eine Kampagne. Es liefen und laufen immer noch zahlreiche Aktivitäten in ganz Aachen.

Um auch die Postbeschäftigten zu unseren Terminen durch das Flugblatt einzuladen, wurde von der AG West mit Unterstützung anderer AGen eine Verteilaktion vor der Aachener Hauptpost geplant. Tatsächlich standen um 6.30 Uhr früh ungefähr 10 Jusos mit Flugblättern, Transparent und Sandwiches bereit. Die ersten blieben neugierig stehen, als das Transparent ausgereicht wurde. Als die Flugblätter verteilt wurden, entfalteten sich über die Teilungs- und Privatisierungspläne der Post schnell Diskussionen. Einige meinten, da wäre so-

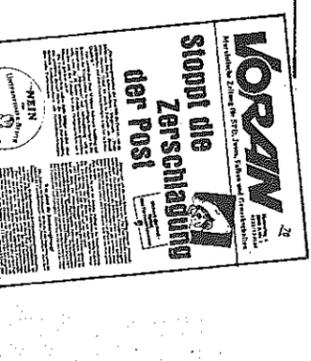
wieso nichts mehr zu reiben, andere waren ein wenig enttäuscht von der DPG und unterstützten uns mit unseren Forderungen. Einige wollten auch zur nächsten Juso-AG kommen.

Die Busfahrer, die vorbeifahren, blieben stehen und entzifferten das Transparent. Die ein- und ausfahrenden Postautos kurbelten die Fenster runter und wollten auch Flugblätter haben. Es war also eine aufsehenerregende und erfolgreiche Aktion. Besonders Auszubildende sind von diesen Privatisierungsplänen betroffen. Dieses Jahr schon werden allein in Aachen 60 nicht übernommen. Deshalb wird unsere nächste Aktion vor einer Berufsschule lauten.
Mirjam Alberti, Aachen
Juso-AG Aachen-West

Dampf machen gegen die Privatisierungshaie!

Wenn Ihr mehr und ausführliche Informationen zum Thema Postprivatisierung wollt:

Bestelle die neue Voran-Broschüre zum Preis von 70 Pfennig



Konsequenzen aus dem Kampf um Rheinhausen

VON UNTEREN HER ERNEUERT

Der bislang bedeutendste Arbeitskampf in der Geschichte der BRD ist zuende. Die Belegschaft von Krupp Rheinhausen hat ein neues Kapitel der Klassenkämpfe aufgeschlagen. Sie hat eine ungeheure Kampfbereitschaft, Phantasie und Beharrlichkeit an den Tag gelegt. Wenn dieser Kampf trotzdem nicht erfolgreich ausging, dann lag es sicher nicht an dieser Belegschaft.

Auch wenn den Kruppianern kein Erfolg im Kampf um den Erhalt des Standorts Rheinhausen beschieden war, so ist ihr Kampf dennoch nicht umsonst. Sicher, am Ergebnis selbst (s. Kasten) gibt es nichts zu beschönigen. Es ist weder ein Teilerfolg noch ein Kompromiß, sondern eine Niederlage. Die Vermittlung Raus hat nichts mehr bewert. Und wo es jetzt noch über 6000 Arbeitsplätze gibt und nach 1990 nur noch 1500 geben soll, da kann von Ersatzarbeitsplätzen auch keine Rede sein. Dennoch hat der Kampf große Auswirkungen gehabt.

Auch Gewerkschaftsaktivisten anderer Länder zeigte der Aufruhr im größten Industriegebiet Europas an, daß die deutsche Arbeiterbewegung dabei ist, wieder an die Traditionen früherer Klassenkämpfe anzuknüpfen.

Rheinhausen bedeutete auch eine neue Qualität der Kämpfe – neue Militanz, neue Kampfformen wie Blockaden, aber auch die Besuche bei anderen Betrieben, die direkte Kontaktaufnahme zu anderen Belegschaften.

Nebeneffekte

Auch auf anderen Kriegsschauplätzen hatte der Kampf der Rheinhausener seine Auswirkungen:

– So wäre die Stahltarifrunde in diesem Jahr sicher nicht mit solchen Zugeständnissen zuende gegangen, wenn es nicht den Druck der Rheinhausener auf Urabstimmung und Streik gegeben hätte, insbesondere wenn man bedenkt, daß sonst von den Arbeitern in Krisenbranchen immer Opfer verlangt werden.

– Im Zuge des Abbaus von insgesamt 30.000 Arbeitsplätzen im Bergbau werden die Betroffenen zunächst auf anderen Zechen untergebracht oder über Frührente versorgt. Daß – vorläufig! – niemand in die Arbeitslosigkeit entlassen wird, ist auch ein „Nebenprodukt“ des Rheinhausener Kampfes.

Die Rheinhausener können stolz auf sich sein. Sie haben alles versucht, was in der Macht der einzelnen Belegschaft steht – vor allem in Anbetracht der Passivität des IG Metall-Vorstandes.

Verhandlungen

Wenn man einige Schlußfolgerungen für zukünftige Kämpfe anderer Belegschaften ziehen kann, dann vielleicht folgende:

● Verhandlungen am grünen Tisch sind immer nur Ausdruck des Kräfteverhältnisses zum jeweiligen Zeitpunkt. Auf Zugeständnisse von Unternehmern kann man sich nicht verlassen. Nur das wird Realität, was man sich selbst erkämpft – das zeigt der Bruch sämtlicher Vereinbarungen durch Cromme & Co. Seien es die „Optimierungsverträge“ vom September 87 oder die schriftliche Zusage vom Dezember 87, vorrangig solche Modelle zu prüfen, die den Standort erhalten sollten.

Mit noch so großer Geschicklichkeit am Verhandlungstisch wird nichts erreicht, was nicht zuvor aktiv erkämpft wurde – das zeigten die Kanalarunde im Februar ebenso wie die Gespräche unter Vermittlung von Johannes Rau. Kampfmaßnahmen dürfen daher keinesfalls nur als Begleiterscheinungen zu Verhandlungen betrachtet werden, sondern müssen Schwerpunkt jeder Strategie sein.

Forderungen

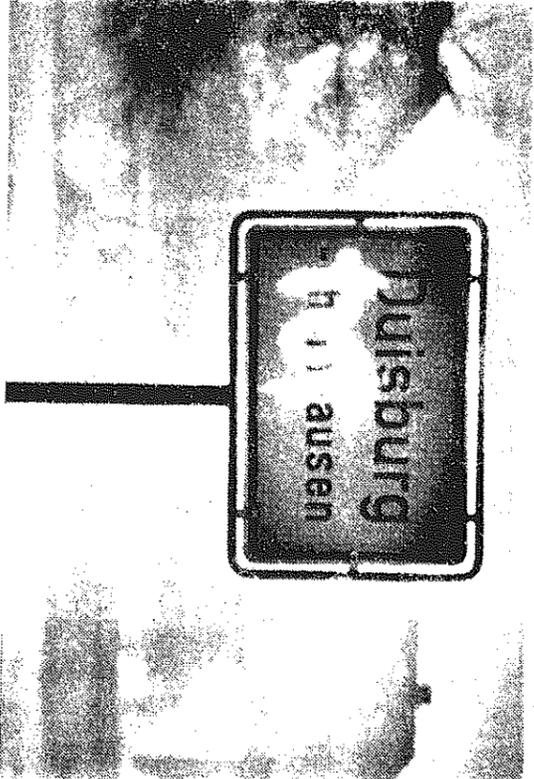
● Das Herunterschrauben von Forderungen bringt keine Erleichterung bei ihrer Durchsetzung.

Am Anfang stand die Forderung nach Erhalt aller Standorte und Vorgesellschaftung der Stahlindustrie.

Vordergrund des Kampfes. Doch nach und nach rückten „Ersatzarbeitsplätze“ und „Beschäftigungsgesellschaften“ an diese Stelle. Zwar ist die Skepsis verständlich, an einer Forderung festzuhalten, die vom Hauptvorstand der IGM so offensichtlich ignoriert wurde. Dennoch wäre dies die einzige Möglichkeit gewesen, der Spaltnussstrategie der Stahlbosse entgegenzuwirken: einzelne Standorte gegeneinander auszuspielen.

Nur die Forderung nach Vergesellschaftung hätte die Grundlage für einen standortübergreifenden Kampf sein können. Natürlich bietet sie keine Lösung für sich – aber sie ist das Instrument zur Durchsetzung branchenweiter Lösungen – und zwar das einzige.

Wenn man Gewinne umverteilen, öffentliche Subventionen sinnvoll einsetzen, Arbeitsplätze erhalten, neue Produktions- und Absatzmöglichkeiten eröffnen will, dann kommt man um die Eigentumsfrage nicht herum. Man kann nur kontrollieren oder verändern, was einem gehört. Natürlich nur bei demokratischer Kontrolle und -Verwal-



Krupp-Vorstandsmitglied Wilps: „Das Ruhrgebiet muß sowieso entvölkert werden!“

ter (z.B. drittelparitätisch durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat).

Letzlich führte das Zurückschrauben der Forderungen dazu, daß man wieder auf betriebswirtschaftliche Modelle (wie das Alternativ-Modell des Rheinhausener Betriebsrats) zurückgegriffen wurde. Gerade davor hatte der Hattinger IGM-Bewellmächtige Otto König auf der Ruhegebietskonferenz im Dezember 1987 aus seiner Erfahrung heraus gewarnt: „Rheinhausen ist nicht zu retten, wenn wir nur für Rheinhausen ein vernünftiges betriebswirtschaftliches Konzept vorlegen.“

Es ist auch eine Illusion zu glauben, daß weniger umfassende oder radikale Forderungen leichter durchzusetzen seien. Ohne umfassende Mobilisierung sehen die Stahlbosse auch keinen Anlaß, über Beschäftigungsgesellschaften, Alternativmodelle oder sonstige Zwischenschritte ernsthaft zu verhandeln.

Kampfmittel

Der Betriebsrat kündigte an, im Januar werde man noch eine Schippe zulegen. Dies hätte nur unbegrenzter Streik in Rheinhausen bzw. Aufbau von Kampfmaßnahmen auf Grundlage eines Bündnisses der Betriebsräte und Vertrauensleute im gesamten Stahlbereich bedeuten können. Als dies ausblieb, färbten die Stahlbosse wieder Mut. Schon im Januar behauptete

der, die Schließung sei unvermeidlich. Krupp-Vorstandsmitglied Wilps ergänzte: „Das Ruhrgebiet muß sowieso entvölkert werden. Und Lambsdorff verurteilt den Widerstand, weil er „Investoren abschrecke“.“

SPD-Führung

Ebenfalls im Januar begann das, was viele Kollegen als Absetz-Bewegung der SPD-Führung vom Kampf in Rheinhausen gesehen haben. Hatte SPD-Landessgeschäftsführer Hombach noch im Dezember den Stahlarbeitern die unverbrüchliche Treue der SPD im Kampf um den Erhalt des Standorts zugesichert, so hörte sich das im Januar schon ganz anders an: NRW-Wirtschaftsminister Joachim sprach davon, daß es aus wirtschaftlichen Gründen wohl notwendig sei, Rheinhausen zu schließen. Fahrmann sah darin eine „rein unternehmerische Entscheidung“.

Spätestens jetzt hätte die Landstregerung energisch in die Pflicht genommen werden müssen. Die Initiative des früheren IGM-Vorstandsmitglieds Hans Jaßen zur Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie in NRW nach Artikel 27 der Landesverfassung, nötigenfalls in Verbindung mit einem Volksbegehren, hätte hier den Ansatzpunkt geboten. In enger Zusammenarbeit mit der Parteilinken hätte eine Kampagne in der Partei und in der Öf-

fentlichkeit für dieses Vorhaben gestartet werden müssen. Denn eine SPD-Ablehnung im bevölkerungsreichsten Bundesland ist nicht völlig hilflos und kann sich nicht einfach aus aktiver Politik verabschieden bzw. Kapitalentscheidungen passiv hinnehmen.

IGM-Führung

Die größte Verbitterung bei den Rheinhausenern hat die Rolle der IGM-Führung in diesem Arbeitskampf ausgelöst. Nicht nur, daß Franz Steinhilber fast an den Haaren nach Rheinhausen gezogen werden mußte. Die IGM-Spitze unternahm keinen Versuch, den Kampf branchenweit auszudehnen. Im Gegenteil: Während der Stahltarifrunde wurden die Forderungen nach Einbeziehung von Rheinhausen, Urabstimmung und Vollstreik abgeblockt. Obwohl im Januar auf einer Konferenz von 4000 Vertrauensleuten aus den Stahlbetrieben in einer spontanen Abstimmung fast alle für Urabstimmung waren, geschah nichts dergleichen. In dieser fatalen Politik der IGM-Führung liegt letztendlich der Grund für das Scheitern der Rheinhausener, denn der Kampf ging über die Kraft einer einzelnen Belegschaft hinaus.

Die Wochen im Januar und Februar – während der noch laufenden Stahltarifrunde – waren im Nachhinein betrachtet wohl die entscheidenden. Wäre es da gelungen, genügend Druck auf die

und branchenweite Kampfmaßnahmen durchzusetzen, dann hätte sich das Blatt wenden können.

Schlußfolgerungen

Die Rheinhausener-Belegschaft ist nicht die erste und wird auch nicht die letzte sein, die zu der Erkenntnis kommt, daß die Gewerkschaften so, wie sie jetzt sind, als Kampfinstrumente nur begrenzt brauchbar sind. In den langen Aufschwungjahren der Nachkriegszeit, wo auch ohne große Kämpfe Zugeständnisse erreicht werden konnten, sind sie zum Teil verknöchert und konservativ geworden. Doch um in der

„DIE IGM DAS IST DER“

Interview mit Helmut Laakmann, 39 Jahre alt, Betriebsabteilungsleiter des Stahlwerks Krupp Rheinhausen, und – obwohl ohne gewerkschaftliche Funktion – einer der führenden Köpfe des Arbeitskampfes.

Frage: Wie bewertest Du den Ausgang des Kampfes um Rheinhausen?

Antwort: Ich sehe die Ursachen für das Scheitern darin, daß der Kampf wieder auf Rheinhausen zurückgeworfen wurde. Sicher, wir haben eine ungeheure Solidarität erfahren. Aber darüber hinaus hätte es für die IG Metall noch ganz andere Möglichkeiten gegeben, den Kampf übergreifend zu organisieren. Man hätte mit der Bewegung in Rheinhausen für alle Standorte was festkopfen können.

Obwohl es ja hier eine große Bewegung und viel Öffentlichkeit gab, hat uns die IGM den Rücken zugedreht; sie hat uns nicht unterstützt. Manche sagen, sie hätte uns flankiert in unserem Kampf. Das halte ich für schmeichelhaft.

Ich bin jetzt seit 21 Jahren in der Gewerkschaft und war eigentlich das selbstwählende Mitglied. Ich hab' meinen Beitrag bezahlt und mich herzlich wenig gekümmert. Dafür schäme ich mich eigentlich. Aber in dem Augenblick, als ich aktiv wurde, als mir bewußt wurde, in welcher Gewerkschaft ich bin und was da läuft – da hab' ich mich auch geschämt.

Das führt jetzt nicht dazu, daß ich da austrete. Sondern es muß dazu führen, daß wir von der Basis her die Dinge anders machen, besser machen. Denn es ist unsere Gewerkschaft, nicht die von Herrn Steinkühler.

F.: Welche Perspektiven sieht Du für die Stahlindustrie allgemein? Was ist die Strategie der Stahlbosse?

A.: Die Neuordnung, die jetzt im Maschinenbaubereich geht, die wird es auch im Edelmetallbereich geben. Vielleicht haben es die Kollegen dort bald mit dem Herrn Krüwer zu tun. Seine Rolle in der Dreier-Kooperation Mannesmann-Krupp-Thyssen kennt ja noch keiner so genau. Vielleicht gibt es bald eine Fusion Krupp/Thyssen im Edelmetallbereich. So, wie es heute eine Fusion Krupp/Mannesmann im Massenstahlbereich gibt.

Jeder Belegschaft sollte man sagen: Übt schon mal 'Was machen wir, wenn unser Betrieb dichtmacht'. Das sollte man gerade Belegschaften wie Hoersch oder Mannesmann sagen, die jetzt glauben, getretet zu sein, weil wir den Löffel abgeben.

Und die Zeit drängt. Das wird nicht über die nächsten 10 Jahre laufen, sonst

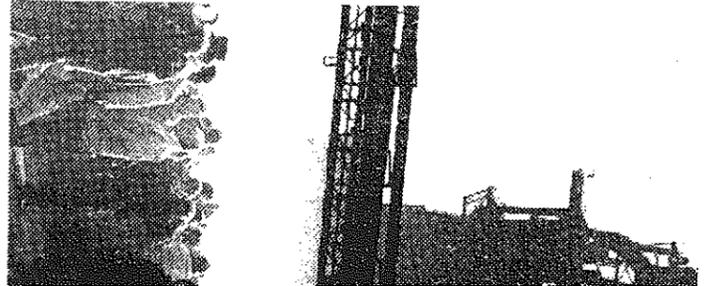
um meine ich auch, daß die IGM sehr schnell in der IG Metall gehen müssen, daß die IG Metall dann einen anderen Kurs einleitet in Rheinhausen.

F.: Welche Erkenntnisse als die wichtigsten Lehren die Kampfes für zukünftig betriebschaften betrachten?

A.: Die IG Metall muß in genommen werden, sonst Arbeitskampf verloren geht Rheinhausen. Wir haben in Chance, wenn wir in der B von einer breiten Sympathie tragen werden. Diese breite zu organisieren, dazu ist erleine, der auf sich gestellt d Kampf aufnimmt, nicht in Ohne daß die IGM diese Afe führt, ist nichts zu reifen Knackpunkt.

Bevor es der nächsten Bel den Krügen geht, müssen D herab der IGM ein für alle n kampf, der sehr örtlich ist, also eine große Bewegung se weder über die IGM oder a von unten.

Wenn die IGM-Führung muß es eine Soldargemein Betriebsräte im Stahlbereich machtvoll ihre Interessen ver wird man sich oben auch n





NRW-Ministerpräsident Rau und Betriebsratsvorsitzender Bruckschen konnten durch Verhandlungen mit den Unternehmen nicht erreichen, daß Rheinhausen als Standort erhalten bleibt.

Diskussionszusammenhänge herstellen

Viele Erkenntnisse, die der Kampf um Rheinhausen mit sich brachte, hatten die damaligen Gewerkschaftsaktivisten

die Kämpfe führen - zackpunkt!

hen können.

F.: Ihr habt ja während des Kampfes die Produktion immer wieder gedrosselt und im Mai auch 7 Tage gestreikt. Allerdings gab es auch Linnun in der Belegschaft darüber, daß die Produktion immer wieder hochgefahren wurde, sobald die Zulieferung ins Krupp-Werk nach Bochum stockte.

A.: Das Problem ist doch: Wie erreicht man die Solidarität anderer Belegschaften, wenn die IGM sich nicht bemüht, sie herzustellen? Bekomme ich sie dadurch, daß ich keine Brannnen mehr dahin schicke und meine Kollegen in Bochum müssen Kurzarbeit annehmen, d.h. ich zwingt sie eigentlich dazu, ebenfalls zu kämpfen. Oder kämpfen sie dann vielleicht nicht, sondern schimpfen nur auf die Typen in Rheinhausen, die schuld an ihrer Kurzarbeit sind? Also ich halte solchen Zwang gegenüber den Kollegen für falsch.

Mein Wunsch wäre es gewesen, sie hätten gesagt: "Wir walzen jetzt nicht mehr und solidarisiert uns". Aber das war eben nicht gegeben, weil viele glaubten, wenn Rheinhausen stirbt, sei in der deutschen Stahlindustrie die Welt wieder in Ordnung.

F.: Wie siehst Du zur Forderung nach Vergesellschaftung?

A.: Ich hab' mich auch erst mit der Forderung nach Vergesellschaftung vertraut machen müssen und habe vor-

sten bereits gewonnen. Doch die Lehren und Konsequenzen aus solchen Arbeitskämpfen müssen bewußt weitergegeben werden, wenn sie nicht immer wieder verloren gehen und mühselig neu gewonnen werden sollen. Das bedeutet:

● Diskussionszusammenhänge der Gewerkschaftslinken müssen geschaf-

ten werden, z.B. auch in Verbindung mit der SPD-Linken und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) in der SPD.

● direkte Kontakte zwischen Betriebsräten und Vertrauensleuten einer Branche müssen verstärkt werden, also Intensivierung der Besuche und Kontakte zu anderen Belegschaften bei Arbeitskämpfen, wie es die Rheinhausener begonnen haben;

● regelmäßige, branchenweite Koordinationsstreifen der Betriebsräte und Vertrauensleute, die aktionsorientiert sind, müssen eingerichtet oder erneuert werden;

● Anträge zur kritischen Aufarbeitung von Arbeitskämpfen und zur Demokratisierung der Gewerkschaft müssen überall eingebracht werden, einschließlich der Wahl- und jederzeitigen Abwählbarkeit aller gewerkschaftlichen Funktionäre sowie die Anbindung ihres Einkommens an das durchschnittliche Gehalt in der entsprechenden Branche.

Das weitere Abschichten von Arbeitsplätzen sowohl im Stahlbereich als auch in der Autoindustrie ist absehbar. Bis dahin müssen wir die zentrale Aufgabe, Gewerkschaften und SPD auf breiter Front von unten her zu erneuern, ein gutes Stück vorangebracht haben.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

sieht man schon, wie die IGM-Führung selbst darüber gedacht hat.

Und wenn das ohne IGM angegangen wird, kommt sowieso nichts dabei heraus. Dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß wir uns da verarsacht hätten und daß keiner mehr von Rheinhausen gesprochen hätte.

Ich hätte es für sinnvoll gehalten, wenn man dem Kapital gesagt hätte:

"So, ihr könnt nicht einfach Regionen plattmachen. Da müßt ihr dann was anderes für aufbauen. Ihr habt hier gehin verdient und das Geld wer weiß wohin getragen. Jetzt baut hier was Neues auf, dann könnt ihr das andere abbauen." Also, Zug um Zug. Das hätte vielleicht der erste Schritt sein können. Und dann wär die Vergesellschaftung gekommen. Vergesellschaftung auf einen Schlag - da hätte ich auch kaum eine Chance gesehen. Obwohl - nach Landestrecht hätte der Rau hier natürlich die Möglichkeit gehabt, die tollsten Sachen zu machen...

F.: Du bist ja im Verlauf des Arbeitskampfes auch in die SPD eingetreten. Was waren für Dich die Gründe?

A.: Das hat eigentlich keiner verstanden. Jeder hat sich gefragt, ob ich jetzt in die SPD gehe, um Politiker zu werden. Aber ich bin eingetreten, weil ich es für falsch halte, immer nur zu meckern, wenn einem was nicht paßt und wenn es dann schon passiert ist, ansatz vorher zu versuchen, was zu ändern. Das kann man nur in einer Partei. Und wo soll ich anders hingehen als in die SPD? Du kannst ja nicht von mir verlangen, daß ich in die CDU gehe. Ich bin ja nun Arbeiter. In der SPD sehe ich eine Möglichkeit, mitzumachen und mitzuzahlen. Allerdings nicht, das mitzumachen, was oben gemacht wird. Ich glaube, daß man sich einbringen und was verändern muß.

F.: Wie beurteilst Du das Engagement der Kirchen in diesem Arbeitskampf?

A.: Die Arbeit der Kirchen war gut. Obwohl man wissen muß, daß man mit einem Pfarrer natürlich einen Arbeitskampf nicht so führen kann, wie es irgendwo auch seine kämpferischen Grenzen. Vielleicht findet er es unangenehm, wenn man eine Brücke sperrt... Insgesamt finde ich eine Zusammenarbeit mit den Kirchen gut. Aber es muß auch seine Grenzen haben. Sie können nicht die Gewerkschaft ersetzen. Ich hatte auch den Eindruck, daß die IGM es ganz gern sieht, wenn die Kirchen sich so einschalten, dann können sie selbst mehr draußen vor bleiben.

F.: Die Fraueninitiative war ja von Anfang an aktiv dabei. Wie siehst Du ihre Arbeit?

A.: Ja, unsere Frauen sind emotional ganz anders rangegangen, manchmal auch viel nachdrücklicher in ihren Forderungen als wir. Das fand ich toll. Wenn ich manchmal so einen „Durchhängler“ hatte, dann bin ich zur Fraueninitiative gegangen. Das hat mit im-

Das Ergebnis

Die Rheinhausen-Vereinbarung im Wortlaut

Die Unternehmensleitung von Krupp und Mannesmann und die Betriebsräte haben sich unter Vermittlung von Ministerpräsident Rau und unter Vorsitzenden Friedrichs-Farhmann darauf geeinigt, ihren Gremien folgende Lösung zu empfehlen:

- 1 Krupp und Mannesmann werden mit Wirkung vom 1. 7. 1989 ein gemeinsames Unternehmen (HKM) gründen.
- 2 Es ist beabsichtigt, das Walzwerk in Duisburg-Rheinhausen im Bereich der Erzeugung von Schienen bis Ende 1988 und im Bereich der Herstellung von Halbzug bis zum 31. 3. 1989 zu betreiben.
- 3 Der Einholdende in Duisburg-Rheinhausen soll bis zum 31. 12. 1990 betreiben werden.
- 4 Mitte 1990 wird die Unternehmensleitung mit dem Betriebsrat darüber Gespräche aufnehmen, ob die wirtschaftliche Entwicklung einen späteren Termin möglich erscheinen läßt.
- 5 Beide Unternehmen sagen zu, durch eigene Aktivitäten und die Beteiligung von Dritte am Standort Duisburg-Rheinhausen so viele Arbeitsplätze zu schaffen, daß die Zahl der verbleibenden und neuen Arbeitsplätze ab Er-



Helmut Laakmann, Betriebsabteilungsleiter bei Krupp Rheinhausen

mer wieder aufgepöppelt.

Viele Frauen hatten bis dahin noch nie was gemacht, waren Hausfrauen und für die Familie da. Plötzlich wurden sie da herausgerissen, mußten sich vor Publikum artikulieren, wurden mit ganzen neuen Sachen konfrontiert. Die Frauen von Rheinhausen, die sind demnächst ganz anders als viele andere Frauen, da bin ich sicher.

F.: Wie hast Du zum Abbruch des Kampfes gestanden?

A.: Wir waren mit unserem Arbeitskampf auf einer Stufe angelangt, wo wir die Machtverhältnisse gesehen haben. Wir haben die Grenzen der Politik erkannt, wir haben unsere IGM-Führung erkannt. Welche Chancen hatten wir jetzt noch, wenn wir so weiter kämpfen wie bisher? Ich seh' da keine Perspektive. Welche Mittel sollen wir noch anwenden? Noch 'ne Schippe drauf? Radikalisierung, Gewalt? Und was kommt danach?

Wenn es keine Perspektive gibt, dann kann man diesen Kampf auch nicht führen. Ich hab' zu jedem meiner Kollegen gesagt: "Zeig mir eine Perspektive auf, zeig mir wo es langgeht und was dabei herauskommen soll - dann geh' ich mit. Wenn ihr das nicht könnt, dann sollen wir es lieber sein lassen."

Unsere Stadt hat jetzt verstanden, worum es geht. Laßt uns auf den Tag warten, wo eine andere Belegschaft den Kampf aufnimmt. Und laßt uns innerhalb unserer Gewerkschaft dafür sorgen, daß die nächste Belegschaft nicht alleine steht. Und vielleicht auch in der Partei, in der ich jetzt Mitglied bin ...

F.: Kamen eigentlich die Grünen als Partei für Dich nicht in Betracht?

A.: Also, ich kenne Politik ja bisher nur aus dem Fernsehen. Ich bin nicht gerade unpolitisch, aber ich habe mich selbst nie betätigt. Ich finde, daß die Schicht, die bei den Grünen den Ton angibt, - z.B. Studenten, Lehrer usw. - Arbeiter weder ansprechen noch vertreten kann.

F.: Wie haben sich die Grünen denn hier im Arbeitskampf engagiert?

A.: Die Grünen waren vor allem dann da, wenn es darum ging, sich zu profilieren, mit den aktuellen Stunden

im Bundestag zum Beispiel. Da hat der Strammann (Stahlpolitischer Sprecher der Grünen - die Red.) zu den ominösen Tonbändern gesprochen, ohne sich überhaupt vor Ort erkundigt zu haben.

F.: Aber hat es nicht trotzdem Eindruck auf die Kollegen gemacht, daß es die Grünen waren - und nicht die SPD, wie man erwarten sollte - die zu Rheinhausen aktuelle Stunden im Bundestag beantragt?

A.: Unter den führenden Aktivisten hier wurde das sogar eher mit Empörung gesehen, weil der Strammann im Bundestag so tat, als würde er sich um Rheinhausen kümmern. Tatsächlich haben wir ihn nur 2 oder 3 mal hier gesehen.

F.: Wie sah es mit den Jungsozialisten vor Ort aus?

A.: Die Jusos waren aktiv bei der Mahnwache an Tor 1. Zwar nicht alle, da haben sich auch andere dran beteiligt, aber sie waren doch durchgehend da. Von einem Jusos verlangte ich allerdings etwas mehr, als Koks auf den Ofen zu scheppen. Das kann er auch machen, aber auch im übertragenen Sinne, indem er in Diskussionen was einbringt, indem er was bewegt.

F.: Wie ist denn jetzt die Einstellung gegenüber der SPD?

A.: Die Leute sind sehr enttäuscht von der SPD. Auch wenn Oskar Lafontaine das im Augenblick nicht wahrhaben will - für viele, gerade hier im Revier und in Rheinhausen, ist das eine Arbeiterpartei. Wir haben hier eine SPD-Landeregierung. Und hier wird eine Hütte plattgemacht, und nichts passiert. Das können vielleicht manche innerhalb der Partei verstehen, ich weiß es nicht. Aber die SPD-Wähler, die können es nicht verstehen.

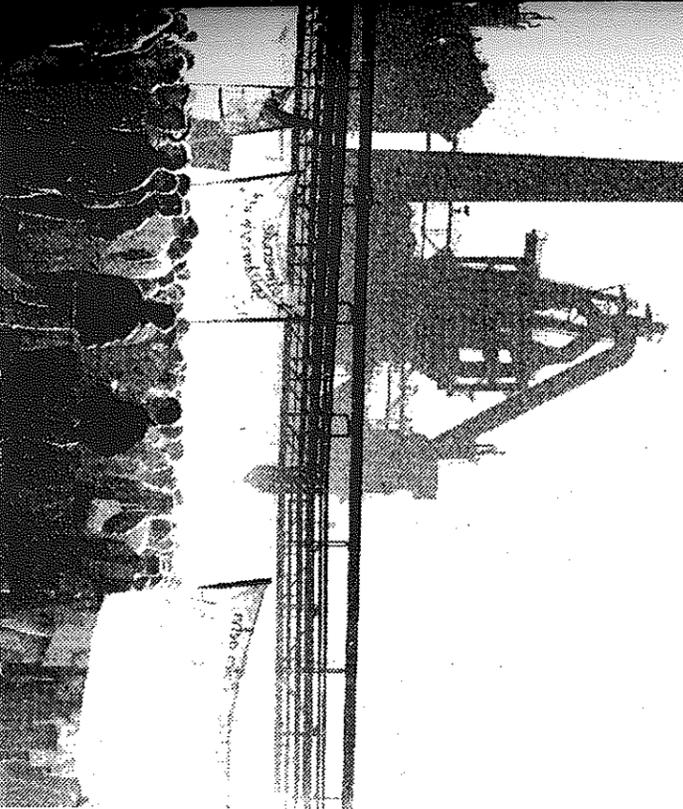
Zum Beispiel mein Vater, der hat sein Leben lang SPD gewählt. Jetzt will er gar nicht mehr wählen gehen. Diese Regression ist überall stark zu spüren. So denken auch viele andere Kollegen. Ich hab ja die Reaktionen gesehen, am 8. Januar, als der Joachimsen hier war und gesagt hat, es sei wirtschaftlich notwendig, Rheinhausen zu schließen. Das war ja der erste SPD-Politiker, der sich verbal an dem beteiligt hat, was der Cromme wollte.

Das Schlimmste, was wir zu hören bekommen haben, war von dem Zöpel (Wohnungsbauminister NRW - d. Red.). Der hat gesagt, wir sollen uns in Rheinhausen nicht so aufregen. Wir würden doch kein schlimmeres Schicksal erleiden als die 2,5 Millionen Arbeitslosen, die wir schon haben! Das fand ich wirklich grausam.

Das ist aber für mich auch ein Grund, warum man in die SPD eintreten sollte. Damit nämlich irgendwann solche Leute so was nicht mehr sagen ...

Nicht nur die Gewerkschaft hat großen Schaden davongetragen, sondern auch die SPD. Und den gilt es wieder wettzumachen. Also gibt es nicht nur Aufgaben innerhalb der Gewerkschaft, sondern auch innerhalb der SPD.

Das Gesamtinterview, das noch weitere Aspekte umfaßt, kann von der Redaktion angefordert werden.



reit zu kämpfen. Aber alleine konnte sie nicht siegen.

Rückzug der sowjetischen Truppen Was ist los in Afghanistan?

Nach mehr als acht Jahren Besatzung ziehen jetzt die sowjetischen Truppen aus Afghanistan ab.
Heißt das nun, wie viele bürgerliche Medien meinen, daß die Sowjetunion mit Afghanistan die gleiche Erfahrung macht, wie Frankreich mit Indochina und Algerien, England in Suez oder die USA in Vietnam?

Auf den ersten Blick könnte es so scheinen. Betrachtet man jedoch die ganze Entwicklungsgeschichte unter Anwendung der marxistischen Methode, so kommt man zu einem völlig anderen Ergebnis.

Die Beziehungen der beiden Nachbarstaaten waren von jeher sehr eng. So war Afghanistan 1920 das erste Land, das den jungen Sowjetstaat anerkannte. Und umgekehrt: Jahrzehntlang hat die sowjetische Bürokratie das Land unterstützt, egal welche Regierungsform oder welche Machverhältnisse jeweils herrschten. Sie unterstützte den afghanischen Feudalismus, die Großgrundbesitzer und die Monarchie, um eigene strategische Interessen zu wahren. Es ging der Sowjetunion vor allem um Frieden und Stabilität an ihrer südlichen Grenze.

Mittelalterliche Knechtschaft
Afghanistan blieb eins der ärmsten Länder der Welt. So lag zum Beispiel das Pro-Kopf-Einkommen 1978 bei 120 US-Dollar im Jahr, 95% der Bevölkerung waren Analphabeten. Die Lebenserwartung lag unter 40 Jahren, jedes zweite Kind starb während oder kurz nach der Geburt.

Diese Zustände führten zu massiven Anti - Regierendemonstrationsen. Schon 1977 hatten sich zwei Oppositionsparteien zur stalinistischen Demokratischen Volkspartei vereinigt. Diese stürzte 1978 in einem Staatsstreich den Diktator Daud. Die Lage im Land verlangte drastische Reformen. So wurde der Großgrundbesitz abgeschafft und das Land an die Bauern verteilt. Die Schulden von 11 Millionen Bauern wurden gestrichen. Das war das Ende von Großgrundbesitz und Kapitalismus.

Die sowjetische Bürokratie hat zu keiner Zeit eine sozialistische Umwälzung Afghanistans gewünscht - sie un-



Najibullah: austauschbare Marionette der Bürokratie
terstützte den Diktator Daud bis zum Schluß.

Ihr Hauptinteresse war, daß der Nachbarstaat relativ stabil war und keine Entwicklung hin zu einer Arbeiterdemokratie ihre eigene bürokratische Herrschaft bedrohte. Diese Gefahr bestand in Afghanistan erst einmal nicht, denn die Machthaber verordneten die soziale Umgestaltung von oben, ohne demokratische Beteiligung der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen.

Deformierter Arbeiterstaat

Sie schufen so einen von Anfang an deformierten Arbeiterstaat - ganz nach dem Vorbild, das sich ihnen in der Sowjetunion der 70er Jahre bot. Das rücksichtslose Vorgehen eröff-

nete allerdings einen neuen Krisenherd. Afghanistan besteht aus einer Reihe verschiedener Völkergruppen, mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen. All dies wurde nicht berücksichtigt, sondern unterdrückt. Es entwickelten sich enorme Spannungen, die das Überleben des neuen Systems gefährdeten. In dieser Zeit, 1979, sah sich die sowjetische Bürokratie gezwungen, zu intervenieren. Einen Zusammenbruch eines Staates nach ihrem Vorbild konnte sie sich nicht leisten - vor allem nicht wegen ihres Prestiges in den ex-kolonialen Ländern und weil es sich um ein Nachbarland handelte.

Nach dem Einmarsch wurden sofort eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Lage zu stabilisieren. So berichtete 1982 ein Korrespondent der britischen Wirtschaftszeitung "Economist": „Dortbewohner, die die Guerillas aus ihren Dörfern raushalten, können ihre eigenen Repräsentanten, Verwalter, selbst Regierungsvertreter wählen. Sie können Geld bei Entrepröblemen um Rat fragen ... Gesundheitszentren werden gebaut, ebenso Kindergärten, Bibliotheken, Schulen. Konsumgüter werden subventioniert ...“

Religiös getarnte Banditen

Die Guerillatruppen der Mudschahidin bekamen jährlich Waffen im Wert von 600 Millionen Dollar aus den USA, einschließlich Luftabwehrakten. Dazu kamen Waffenlieferungen aus Großbritannien, China, dem Iran und Pakistan.

In der kapitalistischen Presse wurden die Erfolge der Guerilla sehr übertrieben. Sie verloren viel von ihrer anfänglichen Unterstützung in der - vor allem ländlichen - Bevölkerung, als mehr und mehr deutlich wurde, daß es sich meist um korrupte Banditen handelte, die sich religiös tarnten. Besonders im Gegensatz zu den sowjetischen Besatzern eingeführten Reformen wurde ihr reaktionärer Charakter immer deutlicher, besonders

für die Jugendlichen.

Im Laufe der letzten zehn Jahre wurde das Analphabetentum weitgehend beseitigt, die Position der Frauen verbesserte sich. Der Islam wurde als Religion anerkannt, neue Moscheen geplant, alte repariert. So ist es unter der sowjetischen Besatzung gelungen, den Grund für eine Massenbasis für die Regierung zu legen.

Allerdings wird der Abzug des größten Teils der sowjetischen Truppen nicht bedeuten, daß jetzt Frieden im Land herrscht. Es gibt nämlich sieben große Widerstandsparteien, die sich (berechtigterweise) gegenseitig nicht trauen, obwohl sie schon ein Übergangskabinett gebildet haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in den Bergen Kämpfe zwischen den einzelnen Guerillagruppen weitergehen werden.

Das Regime in Kabul hat inzwischen einen ehemaligen Assistenten des Königs in die Regierung aufge-

nommen, und jetzt ist selbst die davon, den König aus seinem Exil zu holen und als Staatsoberhaupt wieder einzusetzen.

Es ist auch durchaus möglich, ein Teil der Widerstandsgruppe an der Regierung beteiligt werden. Aber: All dies würde keine grundlegende Änderung bedeuten. Denn wie vor wäre die Grundlage des mes eine verstaatlichte Wirtschaft unter Kontrolle der Bürokratie, die weiterhin die Schlüsselposition der Verwaltung, im Militär und b Polizei besetzt.

Auf längere Sicht jedoch wird die auf, die Fesseln des bürokratischen Regimes abzuwerfen. Das nun möglich sein in Verbindung den Kämpfen der großen russischen Arbeiterklasse. Nur so läßt sich Grundlage für nationalisistische und ligiös verbrämte Reaktion beseitigen.
Dennis Magill, Hamburg
SPD-Mitglied



Mudschahidin beim Abendgebet: Sie können dem afghanischen Volk nichts anderes als Christen und Barbarei bieten.

US-Wahlkampf

Aufbau einer Arbeiterpartei nötig

Wenn Reagans Einschätzung stimmt - „Amerika, diese letzte und beste Hoffnung der Menschheit“ - dann sollte die Menschheit besser gleich einpacken.

Das Land ist geprägt von wirtschaftlichem Niedergang. 1945 erwirtschafteten die USA 45% des Bruttosozialproduktes der westlichen Welt, 1988 nur noch 28%. Und der Abwärtstrend geht weiter. Das Außenhandelsdefizit betrug 1987 171,2 Milliarden Dollar - zusammen mit dem gigantischen Haushaltsdefizit einer der Gründe für den Bösenkrach im Oktober letzten Jahres. Die Weiterentwicklung der Technologie, die einst den Aufstieg der USA zur Weltmacht stützte, ist zum Stillstand gekommen; 46,8% aller im letzten Jahr in den USA vergebenen Patente gingen an Ausländer.

Zwar gingen durch den Bösenkrach auch ein paar Millionäre pleite. Aber am stärksten betrifft der wirtschaftliche Niedergang die amerikanischen Arbeiter. 1954 bis 1973 war das durchschnittliche Familieneinkommen in den USA um real 79% gestiegen. In den 15 Jahren seither nur noch um 6,1%. Was diese Zahlen bedeuten: Jedes fünfte amerikanische Kind wächst in Armut auf. Drastische Kürzungen im Bildungsbereich haben dazu geführt, daß das Analphabetentum gestiegen ist (700.000 Schulabgänger werden 1988 nicht lesen können!). Die Kriminalität stieg sprunghaft an. Laut FBI nahmen Vergewaltigungsdelikte von 1976 bis 1985 um 53%, Raub um 16% und schwere Körperverletzungen um 44% zu. Unzählige Millionen Amerikaner sind drogenabhängig.

Vorwahlkampf

Vor diesem Hintergrund läuft derzeit in den USA der Vorwahlkampf, in dem entschieden wird, wer im November zur Wahl des Präsidenten antritt. Für die jetzt regierenden Republikaner hat George Bush das Rennen für sich entschieden - allerdings ohne die offizielle Unterstützung Präsident Reagans. Das hat ihm aber eher genutzt als geschadet, denn mit Reagans Politik verbindet die Mehrheit der



Mit Forderungen wie Recht auf Arbeit, Recht auf demokratische Gewerkschaften, Recht auf angemessene Löhne erregt Jessy Jackson auch die Unterstützung vieler Arbeiter.

Jahres zeigte: Zwanzig Prozent derer, die bei der letzten Wahl für Reagan gestimmt hatten, werden diesmal die Demokraten wählen.

Die demokratische Partei ist die einzige Alternative für die Wähler - und eigentlich ist sie noch nicht mal eine. Denn beide Parteien sind fest unter der Kontrolle der Bürgerlichen. Dennoch ist der Wahlkampf interessant. Denn bei den Demokraten haben sich zwei Kandidaten für das Präsidentenamt herauskristallisiert: Mike Dukakis und der schwarze Reverend Jesse Jackson.

Beide, vor allem aber letzterer, greifen die Themen auf, die die Leute beschäftigen: Drogen, Ausbildung, wirt-

Nationale Minderheiten

Jacksons Hochburg ist Harlem. Hier spricht er über die Themen Drogen, Armut, das fehlende Gesundheitswesen. Eine Frau sagte nach der Veranstaltung: „Wir haben Angst um ihn. Wir werden ihn nicht wählen, denn er wird erschossen werden, und dafür wollen wir die Verantwortung nicht übernehmen.“

Diese Befürchtungen sind so absurd nicht. 1968 wurde der Bürgerrechtler Martin Luther King erschossen, nachdem er von reinen Kampagnen für mehr Rechte für die Schwarzen zu radikalere politischen Forderungen übergegangen war. Inzwischen wurde bekannt, daß am 13. Mai ein Attentat auf Jackson versucht worden ist. Dennoch ist Jackson für viele Amerikaner eine Hoffnung. Er spricht an,

Partei spielt er eine sehr wichtige Rolle. Mobilisiert er doch die „nationalen Minderheiten“ (die zahlenmäßig klein allerdings nicht sind, allein Schwarzen machen 28,6 Mio. der amerikanischen Bevölkerung aus). I Demokraten brauchen Jackson, allerdings könnte der Preis in ihren Augen sehr hoch sein: Bei einem Wahlerfolg im November werden sie an den 1. wartungen gemessen werden, Jackson hervorruft. Und daß sie diesen gerecht werden, ist nicht zu erwarten. Sie verfügen über keinerlei Programm zur Behebung der derzeitigen drängenden wirtschaftlichen Probleme. Und, vor allem darf man bei allen Wahlreden nicht vergessen: Es handelt sich auch bei den Demokraten um eine bürgerliche Partei.

Nötig: Arbeiterpartei

Trotz der Erfolge des schwarzen Reverend ist es eher unwahrscheinlich, daß er gegen Bush antreten wird, der das entscheidende Gremium der „SS perdeligerten“ - bestehend aus demokratischen Amtsinhabern - wählen ihm nicht mehrheitlich unterstützen.

Was seine Erfolg aber zeigen: Die Zeit ist überreif für den Aufbau einer Partei der Arbeiterklasse. In der Vergangenheit konnten die US-Kapitalisten wegen ihrer Superprofite aus der Weltvorratsmacht noch große Korruptionen an die Arbeiterklasse machen. Diese Zeiten sind jetzt vorbei. Kürzungen im Lebensstandard der Arbeiter sind unausweichlich. Die wird eine Rückkehr der Arbeiter zu den kämpferischen Traditionen aus der Vergangenheit zur Folge haben. Aus diesen zukünftigen Auseinandersetzungen wird sich die amerikanische Labor-Party entwickeln, als wahre Alternative für Millionen Amerikaner. Wenn sie die amerikanischen Arbeiter mit einem sozialistischen Programm mobilisiert, dann allerdings kann Amerika „die beste Hoffnung der Menschheit“ sein!
Barbara Kirschaum, Köln

Polen Arbeiter geben nicht auf

Spontane Streiks, Fabrikbesetzungen, mit Papstbildern und Blumen geschmückte Fabriktore, Arbeiterführer Lech Walesa spricht zu den Streikenden - die Bilder könnten auch im Sommer des Jahres 1980 entstanden sein. Trotz aller Parallelen ist die Streikbewegung im Frühsommer 1988 nicht eine bloße Wiederholung der damaligen Ereignisse.

Damals, im Frühsommer 1980, setzte die polnische Regierung die Fleischpreise herauf. Vor dem Hintergrund der miserablen Wirtschaftslage löste diese Maßnahme eine Streikwelle aus, die im Juli begann und nach und nach das ganze Land erfaßte. Am 14. August 1980 traten die 17.000 Arbeiter der Leninwerft in Danzig in den Streik und besetzten die Werft. Ein überbetriebliches Streikkomitee wurde gebildet, das außer Lohnerhöhungen auch die Freiheit der Gewerkschaften, Freilassung aller politischer Gefangener und die Abschaffung der Zensur forderte.

Aus diesem Streikkomitee entwickelte sich die unabhängige Gewerkschaft Solidarnität, die innerhalb weniger Wochen 10 Millionen Arbeiter in ihren Reihen organisierte. Im ganzen Land wurden Betriebe besetzt und besetzt. Unter diesem Druck war die herrschende Bürokratie gezwungen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben und das Recht auf freie Gewerkschaften zuzugestehen.

Die Regierungskommission stellt fest, daß die Regierung die volle Achtung der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der neuen Gewerkschaften garantiert und sicherstellt. (...) Gleichzeitig garantieren sie, daß die

neuen Gewerkschaften nicht Gegenstand von irgendwelchen Diskriminierungen werden. (Zitat aus dem Danziger Abkommen, 31.8.1980)

Doppelherrschaft

Die Gewerkschaft „Solidarnität“ erkannte in diesem „Danziger Abkommen“ aber auch an, „daß die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei die führende Rolle im Staat spielt“.

In den darauffolgenden Monaten befand sich das Land in einem Zustand der Doppelherrschaft. Ohne die gleichzeitig blieb der Staatsapparat der Bürokratie vollständig intakt. In der Provinz Bleititz z.B. erzwangen die



Lech Walesa auf der Lenin-Werft in Danzig: Hier wurde 1980 die unabhängige Gewerkschaft „Solidarnität“ gegründet.

Internationale Notizen



Jugoslawien

Neue Streiks brachen in Jugoslawien aus. Bismische Arbeiter versuchten, sich so gegen das Sparprogramm der Regierung und gegen das Einfrieren der Löhne zu wehren.

Brasilien

Ein Aufruf zum 48-stündigen Generalstreik der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst für den 4./5. Mai wurde mit überwältigender Mehrheit der 6,5 Mio. in diesem Bereich Tätigen befohlen.

In den großen Häfen traten 85% der Arbeiter nicht zur Arbeit an. Sie protestierten dagegen, daß der Inflationsausgleich bei ihren Löhnen zwei Monate lang nicht gezahlt werden soll. Die Inflationsrate beträgt bisher 90% (auts Jahr hochgerechnet), 80% der 150.000 Metallarbeiter des privaten Sektors in Rio de Janeiro traten gleichzeitig in einen Streik. Ihre Forderung: 60% Lohnenerhöhung und Verkürzung der Wochenarbeitszeit. In den nächsten Tagen schlossen sich weitere Teile der brasilianischen Arbeiter mit ähnlichen Forderungen an und verliehen ihnen Nachdruck - so die Metallarbeiter in Sao Paulo. Sie verlangen Lohnenerhöhungen von 10% über

Taiwan

Die Eisenbahner Taiwans verlangten Lohnenerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen und die Zulassung freier Gewerkschaften. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen griffen sie zu dem in ihrem Land illegalen Mittel des Streiks, dem ersten größeren seit 1949.

Arbeiter durch einen Generalstreik die Absetzung des Provinzregierers. Er hatte trotz herrschender Wohnungsnot ganze Häuserblöcke abreißen lassen, damit Parafunktionäre auf den Grundstücken Privarvillen errichten konnten.

Die Patrsituation zwischen Gewerkschaft und Bürokratie konnte nicht ewig dauern. Die Wirtschaftslage verschlechterte sich weiter, zum Teil durch die bewußte Sabotage seitens der Bürokratie. Während Kirche und Arbeiterführer Walesa auf Versöhnung setzten, ging der militärische Flügel der Bürokratie zum Gegenangriff über. General Jaruzelski übernahm die Macht. Am 13. Dezember wurden über Nacht alle führenden Gewerkschaftler verhaftet, die Gewerkschaft „Solidarnität“ verboten und das Kriegerecht verhängt. Die polnische Arbeiterklasse hatte eine schwere Niederlage erlitten.

Katastrophale Wirtschaftslage

An der katastrophalen Wirtschaftslage konnte auch Jaruzelski nichts ändern. Im Gegenteil: Die Auslandschulden stiegen auf inzwischen 70 Milliarden DM. In Inflationsrate beträgt offiziell 42%, inoffiziell 60-80%. Korruption und Mißwirtschaft bestanden weiter. Der Internationale Währungsfond (IWF), dem Polen inzwischen angehört, fordert noch härtere Sparmaßnahmen von der Regierung.

Wahlen in Frankreich

Niederlage für die Rechte

Nur zwei Jahre lang konnte sich die rechte Mehrheit in Frankreich halten. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1988 erlebte sie eine große Niederlage.

Selbst die spektakulären Aktionen der Rechten (Freilassung des drei französischen Geiseln aus dem Libanon, Massaker an den 18 Mitgliedern der Unabhängigkeitsbewegung in Neukaledonien) konnten nicht verhindern, daß der Kandidat der Sozialistischen Partei und bisherige Staatspräsident Mitterrand mit über 54% der Stimmen eine noch größere Mehrheit erreichte als 1981.

Die rechte bürgerliche Regierung war schon kurz nach ihrer Wahl auf den energischen Widerstand der Jugend und großer Teile der Arbeiterklasse gestoßen. Die ausländerfeindliche Politik Chiracs, der mit Unterstützung der Abgeordneten der rechten trennen Nationalen Front (NF) regierte, ließ Mitterrand in den Augen vor allem der Jugend aber auch darüber hinaus weiter Teile der Bevölkerung als denjenigen erscheinen, der Le Pen und seine NF am ehesten stoppen kann. Dies sind die Hoffnungen und Erwartungen, die die rund 40.000 zumeist jugendlichen Äußerer, die sich am 8. Mai auf dem Place de la République versammelten, um den Wahlsieg zu feiern.

Antworten (Einwanderungsstopp, „Ausländer raus“) auf ihre Frage gibt, wie die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann.

Große Möglichkeiten

In der augenblicklichen Entwicklung nach der Wiederwahl Mitterrands liegt eine große Chance für die Sozialistische Partei. Die kommenden Neuwahlen zur Nationalversammlung und die Neubesetzung der Parteiführungsstellen der Partei bieten der Partei gute Möglichkeiten, für eine Änderung in der Parteipolitik zu kämpfen.

Mitterrand kandidierte mit dem Konzept der „Öffnung zur Mitte“. Damit wird er allerdings die Probleme nicht lösen können. Die eigentlichen Gründe für Ausländerfeindlichkeit und steigender Wahlstimmenanteile der Faschisten liegen aber in der hohen Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen sozialen Problemen und nicht in einem angeblichen Rechts-

Die im Frühjahr verkündeten Preiserhöhungen zwischen 40% für Konsumwaren und 200% für Kohle waren der Auslöser der jüngsten Streikbewegung. Begonnen hatten am 25.4.88 ein paar hundert Bus- und Straßenbahnfahrer in Bydgoszcz (Bromberg). Ihre Forderungen nach höheren Stundenlöhnen erfüllten die Behörden binnen 12 Stunden. Der Streik dehnte sich schnell auf andere Städte und Betriebe aus. Die 16.000 streikenden Arbeiter im Stahlwerk Nova Huta forderten eine bessere Bezahlung auch für alle anderen polnischen Arbeiter und Rentner. Die Beschäftigten der traditionellen Leninwerft in Danzig besetzten ebenfalls die Werft. Das Streikkomitee forderte neben Lohnerhöhungen die Wiederzulassung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnität“.

Lech Walesa, der auf der Werft arbeitet, wurde nicht in das Streikkomitee gewählt. In einer Ansprache sagte er: „Wir wollen die Zukunft nicht auf der Vergangenheit aufbauen. Mehr Brot wird es auch durch einen Streik nicht geben. Aber so wie bisher kann man den Weg nicht weiter gehen.“ Er setzt gemeinsam mit der Kirchenführer, weiter auf Reformen und Verhandlungen mit der Bürokratie.

Die wartete allerdings nur auf einen geeigneten Augenblick, um zuzuschlagen. Im Stahlwerk Nowa Huta predigten Vertreter der Kirche in Verhandlungen mit dem Streikkomitee noch am Abend des 4.5.88 Versöhnung - zwei Stunden später stimmten bewäf-

nuck von Teilen der Arbeiterklasse.

An Le Pens Erfolg sind die linken Parteien alles andere als unschuldig. Im Laufe ihrer Regierungszeit Anfang der 80er Jahre schwankte die sozialistische Partei so weit nach rechts, daß sich ihre Politik kaum noch von der Kohns oder Thatchers unterschied. Die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit verschärfte die Probleme in den Gebieten, die sowieso schon massiv mit diesem Problem zu kämpfen hatten. In diesen früheren Hochburgen von SP und KP gelang dem Faschisten Le Pen und seiner NF 1986 bei den Parlamentswahlen der Einbruch. Dort und in anderen Bezirken (insgesamt 11) erreichte Le Pen beim ersten Präsidentschaftswahlgang 1988 den zweithöchsten Stimmenanteil aller Parteien (insgesamt fast 14,4%).

Wenn Arbeiter Le Pen wählen, drückt dies in den meisten Fällen zunächst den Wunsch nach einer radikalen Veränderung aus. Diese wollten sie bereits 1981. Damals stimmten sie für die SP oder KP. Von ihnen wurden sie enttäuscht. Wen wundert es da noch, daß ein Teil der französischen Arbeiter und vor allem der Arbeitslosen in einer für sie aussichtslosen Lage je manden wählt, der ihnen einfache Ein Anfang ist schon gemacht. Mitte Mai fanden die Wahlen zum ersten Parteisekretär der sozialistischen Partei statt. Von den beiden Kandidaten Fabius und Mauroy wurde derjenige gewählt, der noch eher das alte soziali-

neere Militz und die Spezialinheit „Zomo“ das Werk, verprügelten Arbeiter und verhafteten das Streikkomitee. In Danzig wurde das Werftgelände abgeriegelt, Jugendliche, die Nachrichten und Lebensmittel in die Werft schmuggeln wollten, wurden brutal zusammengeschlagen.

Schmarotzerische Bürokratie

Die treibende Kraft in dieser Streikbewegung sind vor allem junge Arbeiter, viele von ihnen waren 1980/81 noch Schüler, die nicht wie ihre älteren Kollegen durch die damalige Niederlage belastet sind. Aber niemand kann auf Dauer ohne eine echte Perspektive auf Veränderung kämpfen. Die schmarotzerische Bürokratie ist die allernächste Ursache dafür, daß die gigantischen Möglichkeiten einer geplanten Wirtschaft nicht genutzt werden. Ein Programm der politischen Revolution, mit dem Ziel, diese Bürokratie zu stützen, ist nötig. Die bremsende, hilflose Haltung Walesas widerspiegelt das Fehlen eines solchen Programms.

1981 glaubten viele, daß der Versuch, den Staatsapparat zu zerschlagen, eine Intervention der Sowjetunion zur Folge hätte. Aber auch der Kremblbürokratie würde es nicht gelingen, ein ganzes Land, dessen Arbeiterklasse sich zu 10 Millionen in einer unabhängigen Gewerkschaft organisiert hat und eine entschlossene Führung mit einem klaren Programm besitzt, mit Panzern zu unterdrücken.

1988 wird Gorbatschow sich einen Einmarsch erst recht nicht leisten können - nicht zuletzt hat die Kremblbürokratie im eigenen Land mit den gleichen Problemen zu kämpfen, die in Polen jetzt zum fünften Mal nach 1956, 1970, 1976 und 1980 den Arbeiteraufstand verursacht haben.

Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist

mausische Programm vertritt, nämlich Mauroy.

Es ist sehr gut möglich, daß die SP bei den Parlamentswahlen Anfang bis Mitte Juni eine absolute Mehrheit erhält, denn die Rechte ist tief gespalten und demoralisiert.

Auf der anderen Seite hat die „Peitsche der Kontenrevolution“ in Form der Nationalen Front das Bewußtsein weiter Teile der Arbeiterklasse geschärft. Jetzt kommt es umso mehr darauf an, daß die Lehren der Vergangenheit gezogen werden. Ein sozialistisches Programm muß ausgearbeitet werden, dessen Durchführung zum Sturz des Kapitalismus in Frankreich führen kann.

Denn eins ist klar: Kapitalismus in der Krise bedeutet Massenarbeitslosigkeit. Und Massenarbeitslosigkeit ist die Grundlage ausländischer und faschistischer Ideen. Schafft es die Sozialistische Partei, dagegen ein glaubwürdiges Programm zu entwickeln, das soziale Reformen mit der Perspektive einer radikalen Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung verbindet, kann sie nicht nur zahlreiche neue Mitglieder und Anhänger auch und gerade aus den Reihen von Le Pen-Wählern gewinnen, sondern zu einer Massenpartei anwachsen, die tatsächlich die sozialistische Veränderung Frankreichs anführt.

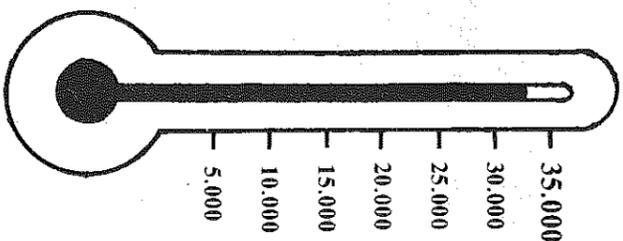
Dieter Janssen, Stuttgart
Mitglied im Jusos-Vorstand Stuttgart



Besonders groß war der Jubel bei den jungen ausländischen Arbeitern über den Wahlsieg Mitterrands.

Kampffonds 2000,- DM in 2 Tagen!

2200,- DM bundesweit am 1. Mai-Wochenende gesammelt - das ist ein neuer Sammelrekord für VORAN! Das ist soviel, wie normalerweise in 10 Tagen oder manchmal sogar in 2 Wochen reingekommen ist!



In mehreren Städten ist das Wochenende 30.4./1.5.88 gezielt zu einem Verkauf- und Sammelwochenende gemacht worden. Vielerorts gingen die Aktivisten schon am Freitag mit Straßenverkauf, Kneipenbesuchen u.ä. los. Am Samstagmorgen wurden Stände aufgestellt, wo nicht nur die Zeitung, sondern auch unser neuer Post-Button (siehe Abbildung), der Post-Infodienst und anderes politisches Material verkauft wurde. Zum Glück spielte auch noch das Wetter mit, so daß es z.B. in Köln dann direkt mit einem Grillfest auf der Rheinwiese weiterging (Erlös: 64,50 DM für den K.F.V.). Abends ging's dann vielfach zur örtlichen Mai-Vorabend-Veranstaltung der Gewerkschaften, SPD, Jungsozialisten, Falken etc., wo auch gut verkauft und gesammelt wurde.

Am 1. Mai konnte dann bei den DGB-Demos die Jubiläumsausgabe - verbunden mit dem Einsatz der Sammellosen - erheblich zum guten Ergebnis beitragen. Am besten abgeschnitten haben Stuttgarter VORAN-Anhänger mit 572,- und die Kölner mit 537,-.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gerangel um die Ladenschlußzeiten ist immer noch nicht zu Ende. Es flamm't immer wieder auf, die großen Kaufhäuser (Unternehmer) geben nicht auf. Aber was soll das Ganze? Mir als beratender Frau genügen die jetzigen Verkaufszeiten völlig. Mein kleines Gehalt werde ich allemal los. Da man bei wenig Geld sehr gut überlegen muß, was man kauft, kann man es auch so einrichten, daß das während der normalen Öffnungszeiten geschieht. Denkt denn keiner an die Kollegin, die sonst bis 22 Uhr hinter dem Ladentisch stehen muß?

Wenn sie dann noch einen Weg zu ihrer Wohnung hat (und wer wohnt schon direkt neben dem Kauf-

Lieber Hendrik, sehr gut kann ich Deinen Ärger über die bürokratischen Methoden deutscher Behörden nachvollziehen, alltägliches Verwaltungshandeln durchzuführen. Sicher könnte bei einer Antragsstellung auf die einen oder anderen Papiere verzichtet werden. Ebenso könnten durch Einstellungen im Behördenaufbau unnötige Wartezeiten beseitigt werden. Das hat aber leider nicht der Sachbearbeiter (dessen „hohes Gehalt“ meines Wissens nach BAT VIII 2078,- DM brutto beträgt), zu entscheiden, sondern das Arbeitsministerium, dem die Arbeitsämter untergeordnet sind.

Liebe Genossen! Wer von uns hat nicht noch die Worte der Politiker im Ohr: „Alle müssen Opfer bringen, damit es weiter aufwärts geht mit der Wirtschaft...“ Und tatsächlich: Viele Opfer werden verlangt - z.B. von den Arbeitern bei VW. Personal soll abgebaut werden, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Leistungszulagen und soziale Vergünstigungen sollen gekürzt werden. Selbst die PINKELPAUSE soll gestrichen werden!

Das Ergebnis beweist, was in der Arbeiterbewegung an finanzieller Unterstützung für uns steckt. Über die Hälfte des Erlöses kam durch Zeitungsüberschüsse und den Verkauf von Buttons, Broschüren etc. zustande. Auch dies zeigt, daß eine marxistische Alternative zur herkömmlichen Politik der SPD- und DGB-Führung, wie unsere Zeitung sie anbietet, bei der Bevölkerung auf reges Interesse stößt. Insgesamt wurden bis jetzt 32.501,50 DM gesammelt.

Gerade die Situation in Rheinlanden macht deutlich, daß die betroffenen Arbeiter und ihre Familien keine Kompromisse zugunsten des Kapitals brauchen, sondern eine völlig neue

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

hoß, ist sie glücklich, kurz vor Mitternacht zu Hause zu sein - wenn sie überhaupt nach Hause kommt. Hier in Köln ist das bei den augenblicklichen Nahverkehrsverhältnissen gar nicht so sicher. Und wenn ich zum Kegeln gehe oder zum Singen, dann fragt sie: „Was darfst du sein?“ Wenn es nach mir ginge, und nach dir, Kollegin, sicher auch, sollte man die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich umsetzen. Wenn wir nur noch sechs Stunden arbeiten müssen, können wir auch in Ruhe einkaufen. Den Arbeitslosen nutzt die längere Öffnungszeiten sowieso nichts, denn die haben ja genug Zeit, aber kein Geld.

Und wenn ich das Argument schon höre, ist sie glücklich, kurz vor Mitternacht zu Hause zu sein - wenn sie überhaupt nach Hause kommt. Hier in Köln ist das bei den augenblicklichen Nahverkehrsverhältnissen gar nicht so sicher. Und wenn ich zum Kegeln gehe oder zum Singen, dann fragt sie: „Was darfst du sein?“ Wenn es nach mir ginge, und nach dir, Kollegin, sicher auch, sollte man die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich umsetzen. Wenn wir nur noch sechs Stunden arbeiten müssen, können wir auch in Ruhe einkaufen. Den Arbeitslosen nutzt die längere Öffnungszeiten sowieso nichts, denn die haben ja genug Zeit, aber kein Geld.

Das wursichtige Verhalten der Sachbearbeiter/innen kann man verstehen, wenn man sieht, was für eine ungeheure Vielzahl von Fällen mit denselben Problemen sie unter ständigem Zeitdruck bearbeiten müssen. Damit möchte ich aber keineswegs den bisweilen überheblichen und ungeduldrigen Umgangston einiger Kollegen entschuldigen. Dennoch für die Zukunft: Anstatt die Teile der Arbeiterklasse anzuzetteln, die die Unsinngigkeiten der Kapitalisten ausführen müssen (Arbeitgeber bauen auch Waffen, Angestellte betreiben Atomkraftwerke), sollten wir mit ihnen gemeinsam gegen die Mächten in unserer Gesellschaft kämpfen, die uns zu solchem Handel zwingen.

Andrea Pfeffer, Jungsozialistin
Noch besser hat es der Kanzler und seine Minister. Kohl wird 36.021 DM im Monat zur Verfügung haben, die Minister 30.834,90 DM.
Von CDU- und FDP-Politikern erwarte ich nichts anderes, als daß sie sich auf unsere Kosten bereichern. Allerdings frage ich mich: Wenn die hohen Herren doch so viel arbeitsnachweis, wie uns immer weismacht wird - wann wollen sie das viele Geld eigentlich ausgeben?
Ja, jeder hat halt so seine Probleme. Wenn die bürgerlichen Parteien die Probleme der Unternehmern haben, sollte dann nicht eigentlich die SPD die der Arbeiter haben?!

Mit sozialistischen Grüßen
Andreas Paqué, Juso aus Köln

VORAN

Die Kasseler SPD hat Informationsmaterial herausgegeben zur Verschuldung der Stadt und besonders zu den Folgen, die die Steuerreform für die Kommune haben wird. Wir Jusos entschlossen uns, mit diesen Flugblättern Hausbesuche zu machen. Am Samstag gingen wir mit sieben Mann los.

Die Leute, die wir besuchten, waren sehr erstaunt. Normalerweise kriegt man Flugblätter stumm in die Hand gedrückt. Sie freuten sich, daß wir uns die Zeit nahmen, mit ihnen zu reden. Die überwiegende Mehrheit der Leute lehnte die Steuerreformpläne der Bundesregierung ab.

Ein Mann, der Ende der 60er Jahre politisch aktiv gewesen war, sagte, daß er sich in der letzten Zeit eigentlich gar nicht mehr mit Politik beschäftigt. Er fand es sehr gut, daß es immer noch (oder wieder) junge Leute gibt, die in diesem Bereich aktiv sind. Wer weiß, vielleicht schließt er sich unserem Beispiel an.

Wir besuchten viele Leute und verkauften dabei 22 Zeitungen. Auch auf der Demonstration zum 1. Mai fand die VORAN großes Interesse: 69 Zeitungen wurden verkauft.

Program zum Handeln
Dieser Bericht von Angelika Jungsozialistin aus Kassel, zeigt, daß viele Leute geradezu nach einer politischen Erklärung für das, was bei uns täglich passiert, suchen. Leider findet man in der Presse der Arbeiterbewegung oft nur unzureichende oder oberflächliche Erklärungen. Deshalb ist unsere Zeitung so nötig. Denn Marxismus ist nichts anderes als die gesamte und veralgemeinerte Erfahrung der Arbeiterklasse. Er liefert aber

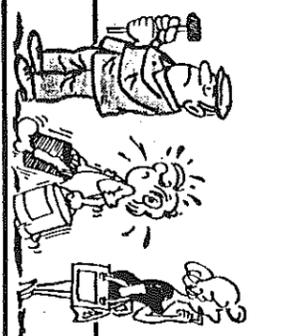


Korrektur
In der letzten Ausgabe (Nr. 100) wurde der Mitgliederstand der SPD kurz vor dem ersten Weltkrieg mit 4,5 Mio. angegeben. Das war (leider) falsch: 1917 hatte die Partei etwas über ein Million Mitglieder. Ihren bis heute höchsten Bestand erreichte sie 1923 mit 1.131.072 Genossen.

ih'r da oben . . .

Neues Parlamentsgebäude
Rechtzeitig zur 200-Jahr-Feier leistet sich Australien ein neues Parlamentsgebäude. Eingebettet in die grünen Hügel Canberras, ökologisch wertvoll mit Rassen auf dem Dach, wurde das Gebäude genau 87 Jahre nach der 1. Parlamentsitzung am 9. Mai von Queen Elizabeth II. eingeweiht.

Geschichtstrüchtig ist nicht nur das Datum, sondern auch die Form des Gebäudes. Der Architekt, Italiener mit Wohnsitz in New York, hat als Grundriss zwei in entgegengesetzte Richtungen deutende Bumerangs genommen. Soll das die Abkehr der Labour-Regierung von den Ureinwohnern Australiens erreichen?
Übrigens, Gerüchten zufolge wollen die Sozialhilfeempfänger Australiens einen Monat auf ihre Bezüge in Höhe von 1 Milliarde DM verzichten, damit die Regierung ihren neuen Prunkbau auf einen Schlag bezahlen kann!



nicht nur eine wissenschaftliche Erklärung für die wirtschaftliche und politische Entwicklung, sondern bietet a eine sozialistische Perspektive und Programm zum Handeln, damit Sozialismus Wirklichkeit wird.
Nicht nur in Kassel, auch in anderen Orten haben VORAN-Verkäufer in der Zeit große Erfolge verbucht. Wochenende des 30.4./1.5. wurden bei intensiven Verkaufsaktionen bundesweit mehr als 900 Zeitungen verkauft! Absoluter Spitzenreiter: „Verkaufsliga“ war diesmal Köln: wurden 265 Exemplare verkauft; besonders erfolgreich war der Verkauf vor Postämtern wegen der Artikel Zerschlagnung der Post auf der Vorder- und Rückseite. Viele Bürger blieben nicht mehr durch, was mit der 1 passieren soll und waren deshalb unsere Informationen dankbar. D können wir die DPG in ihrem Kampf gegen die Zerschlagnungspläne der Regierung unterstützen und gleichzeitig unseren Leserkreis erweitern.

Das Thema bleibt aktuell: macht Euch auf die Socken, o Beispiele sind nicht nur zum Bewußtsein da, sondern vor allem zum Nachahmen!;

Hochzeit
Altundspräsident Walter Scheibel hat in Gebirgsteil (Österreich) nun auch kirchlich seine Frau Barbara geheiratet. 12 Köche mit 18 Sterne bühnten um die Gunst der Gäste, unter ihnen Martin Bangemann, Friederich Flick und Otto Graf Lambsdorff.

Ob sich die 200 Klatschreporter prügeln, um etwas von 12 Gängern umfassenden Festmahl mit Hurmer-Ragout und Kalbskopfsülz zu Perlhuhn-Kükken und Safran Risott mit Blattgold (kein Scherz, es stimmt) etc. abzubekommen, oder ob sie nur einen schlichten Bild von der 2m hohen Hochzeitstorte machen wollten, wird immer ein Geheimnis bleiben.
Übrigens, Walter Scheibel, FDB Ehrenvorsitzender, hat keine Anggs auf Teile seiner Präsidentenemalzeitmal war ein Geschenk der Gastsro-Könige Deutschlands.



Wir hier unten

Erfolg der Angestellten der Bundesdruckereien Kämpfer im Lohnsieg!

„Ihr habt gestanden wie 'ne eins. Wir alle haben im Arbeitskampf viel gelernt. In den Köpfen ist eine ganze Menge passiert. Der Arbeitgeber hat jetzt eine andere, eine bewußtere Belegschaft, und die wird sich nicht mehr alles gefallen lassen.“

Mit diesen Worten „verabschiedete“ sich der Frankfurter DGB-Streikvollmächtigte Waldemar Schütze von den Angestellten bei der Bundesdruckerei in Neu-Isenburg, als sie nach der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis erheben der Urabstimmung und guter Laune wieder in den Betrieb gingen.

Während im Durchschnitt aller drei Betriebe der Bundesdruckerei 83% der organisierten Angestellten das Verhandlungsergebnis annahm, überwog in Neu-Isenburg die Kritik. „Wir hätten noch mindestens drei Wochen weiterstreiken können, war die Meinung vieler Kollegen. Dementsprechend stimmten hier nur 30% dem Verhandlungsergebnis zu.

Die Bundesdruckerei ist eine Behörde mit insgesamt 3800 Beschäftigten, hinter der sich ein hochtechnisierter Druckbetrieb verbirgt. Oberster Dienstherr ist der Bundespostminister. Es war eine tarifliche Besonderheit, die letztlich zu diesem Streik in den drei Betrieben Berlin, Bonn und Neu-Isenburg führte:

— die Tarifverträge für die Angestellten sind an den öffentlichen Dienst angelehnt und fallen in den Bereich der Deutschen Postgewerkschaft; — die Tarifverträge für die Arbeiter basieren auf den von der IG-Druck und Papier erreichten Abschlüssen für die Druckindustrie.

Große Ungerechtigkeiten

Seit der großen Tarifbewegung von 1984 sind nun die Tarife für Endlohnung und Arbeitszeit massiv auseinandergedriftet. Durch die Arbeitszeitverkürzung für die Druckindustrie haben die Arbeiter inzwischen die 37,5-Stunden-Woche, während für die Angestellten vorerst immer noch die 40-Stunden-Woche gilt.

Große Ungerechtigkeiten entwickeln sich auch in der Vergütung.

STREIK POST

Ein Info erschien täglich während des Streiks neue §116 AfG, d.h. die kalte Aussperrung gesteuert werden. Doch die IG-Druck und Papier reagierte prompt und rief die Arbeiter in den Solidaritätsstreik.

Politischer Erfolg

Als vor zwei Jahren die kalte Aussperrung von Bundestag beschlossen wurde und sich ein erneuter Wahlsieg der Kohl-Regierung abzeichnete, da sprachen auch viele Gewerkschafter von „Streikunfähigkeit“ der Gewerkschaften, von Ensolidarisierung, Ato-

misierung und Zwei-Drittel-Gesellschaft. Doch das Verhalten der Arbeiter in der Bundesdruckerei und ihrer Gewerkschaft zeigt, daß man der kalten Aussperrung begegnen kann. Dieser Streik hat auch bewiesen, daß aktive Solidarität zwischen verschiedenen Berufsgruppen, zwischen verschiedenen Gewerkschaften möglich ist und



Der Kampf war erfolgreich, weil die Kollegen die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen Mitgliedern der unterschiedlichen Gewerkschaften, überwunden haben. daß Gewerkschaften besonders im Kampf aufgebaut werden können: Allein in Neu-Isenburg verzeichnete die DPG zehn Neu-Eintritte, während die Zahl der in der IG Druck und Papier organisierten Arbeiter von knapp 200 auf 252 anwuchs!

Dieser, wenn man so will, politische Erfolg wiegt insgesamt sogar weit mehr, als das an sich magerne tarifliche Ergebnis der Verhandlungen.

Eine der Schwächen des Streiks war, daß zwischen den Belegschaften im Berliner Zentralbetrieb und den beiden „Außenstellen“ so gut wie kein Kontakt bestand. Jedenfalls wurde von der Gewerkschaftszentrale kein übergreifendes Streikinfo herausgege-

ben. Die Neu-Isenburger Belegschaft war jedoch bestrebt, direkte Kontakte zu Bonn und Berlin auf- bzw. auszubauen. Über einen solchen Besuch in Bonn am 5.5. berichtete uns Horst Mattar, Arbeiter in Neu-Isenburg:

„Wir fuhren mit zwei Bussen und ungefähr 100 Leuten nach Bonn. Dort wurden wir freundlich begrüßt, ich

überbrachte solidarische Grüße, und wir tauschten mit den Bonnern unsere Erfahrungen aus. Es waren auch ÖTV-Kollegen erschienen. Wir planten, einen Spaziergang zum nahegelegenen Postministerium zu machen, um gegen die kalte Aussperrung und die Haltung des Ministers zu protestieren. Doch der stellvertretende DPG-Vorsitzende Ziemlin wollte uns anscheinend davon abhalten, vor das Ministerium zu ziehen. Wir drängten aber darauf, und bei der Abstimmung hierüber waren bis auf vier Enthaltungen alle dafür! Vor dem Ministerium wurden wir von DPG-Kollegen begrüßt, die extra hierzu herausgekommen waren. Eine zuvor von uns ge-

nachgebohrt wird. Aber es ist noch nicht so, daß die Geschäftsleitung durch Betriebsversammlungen unter Druck kommt. Die Stimmung ist noch nicht so.

Wir müssen erstmal dafür sorgen, daß im Betriebsrat mit offenen Karten gespielt wird. Bei uns wissen gerade 3 Betriebsräte bescheid, was los ist. Es gibt nicht mal unter allen freigestellten Betriebsräten einen geschickten Informationsfluß, geschweige denn im gesamten Betriebsrat.

Die Betriebsvereinbarung zum Personalinformationsfluß war einer der gravierendsten Fehler. Die Geschäftsleitung hat einen Freifahrtschein erhalten. Aus den Betriebsratsausschüssen werden wir Linken völlig herausgehalten.

V.: Bekommt Ihr Unterstützung von der Ortsverwaltung?

Ricardo: Die Gewerkschaft hat traditionell ihr Schwergewicht im Betrieb bei Betriebs- und Vertrauensleiterversammlungen. Wenn sich der Bezirksvertreter der Gewerkschaft stark engagiert, bekommen wir sofort die Unterstützung der Belegschaft. Die Belegschaft will unbedingt eine starke gewerkschaftliche Position und konsistente Leute. Aber sie sehen in uns keine solch konsequenten Funktionalen, weil wir schon mal in der Luft hängen, weil wir immer abhängig sind von der Gewerkschaft. Und wenn die Gewerkschaft keine konsistente Linie hat, sind wir so gut wie verloren.

V.: Gibt es direkte Kontakte zwischen Linken aus verschiedenen Autofirmen?

G.: Auf nationaler Ebene gibt es Treffs unterhalb der Betriebsratsführerebene. Da ist eigentlich jeder Auto-Konzern vertreten. Man tauscht in erster Linie Informationen über Sachen aus, die im Betrieb laufen. Das hilft sicher weiter. Patentlösungen wissen die linken Automobilisten auch nicht.

V.: Wir danken Euch für dieses Interview.

wählte Secher-Delegation hatte nun ein Gespräch mit einem Ministerialdirektor, bei dem aber wenig herauskam. Der Herr war allgatt . . .

Tarifverschlechterung vereinbart

Manche Kollegen vermuten, daß Kollege Ziemlin auf keinen Fall durch „Druck der Straße“ die sich abhabenden Verhandlungen stören wollte, die in den frühen Morgenstunden des 6.5. mit dem Abschluß endeten. Zu den Einzelheiten des Verhandlungsergebnisses gehören:

- Übernahme des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst, d.h. neben einer dreistufigen Tarifierhöhung die Einführung der 39-Stunden-Woche ab 1.4.89 und der 38,5-Stunden-Woche ab 1.4.90;
- monatliche Zulagen für die meisten Angestellten zwischen 60,- und 140,- DM, und zwar unbefristet;
- Maßregelungsverbot, d.h. Schutz der am Arbeitskampf beteiligten Kollegen und Gewerkschaften vor vermeintlichen Ansprüchen des Arbeitgebers.

Mit diesem Ergebnis sind die ursprünglichen Absichten Schwarz-Schillings, der eher eine Verschlechterung der Arbeitertarife im Sinn gehabt hatte, zunächst vertieft. Aber eine Benachteiligung der Angestellten gegenüber den Arbeitern hinsichtlich der Arbeitszeit besteht weiterhin. Und genau deshalb stieß der Abschluß in Neu-Isenburg auf starke Kritik.

Dieter Wolf, Personalratsvorsitzender in Neu-Isenburg und Mitglied der IG Drucka: „Der Streik hat das Bewußtsein der Belegschaft verändert. Die Hemmschwelle der neu eingestellten Kollegen zu anderen und zum Personalrat ist abgebaut. Die Belegschaft ist zusammengewachsen. Vor dem Tor hat man sich richtig kennengelernt und gemerkt, daß man was bewegen kann.

Wenn es der DPG genügt, Gegensätze zwischen den verschiedenen Betriebszeitszeigen der Post, zwischen Arbeitern/Angestellten und Beamten auf Belegschaftsebene aufzuheben und Streikbruch zu verhindern, dann stehen die Chancen gut, eine Zerschlagung der Post zu stoppen. Aber man muß bereit sein, zu kämpfen.“

Hans-Gerd Öfninger

Die Belegschaft will Konsequente Leute

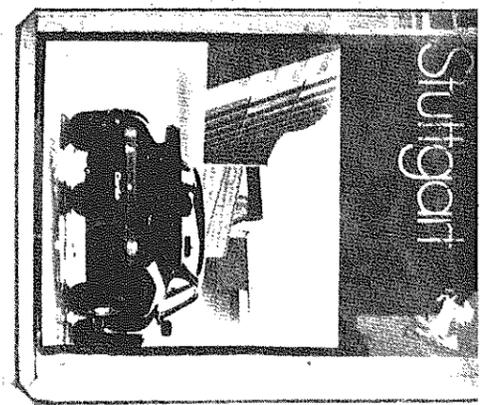
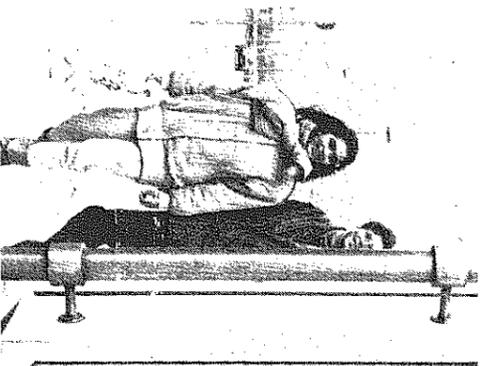
Nach den Werfen und dem Stahlbereich wird als nächste große Industrie die Automobilbranche in die Krise kommen. Nach einem noch nie dagewesenen Verkaufskauf- und Gewinn-boom gingen die Verkaufszahlen in den letzten Monaten zurück. Eine Firma hat es bereits getroffen: Porsche. Nachfolgend Auszüge aus einem Gespräch mit den Porsche-Betriebsräten Ricardo Torres und Gert Aldinger aus dem Porsche-Werk Stuttgart Zuffenhausen.

Voran: Porsche ist der Autohersteller, der im mittleren Neckarraum als erstes in die Krise kam. 1985 war noch ein Rekordjahr beim Umsatz, beim Gewinn und bei der Beschäftigtenzahl. Im Oktober letzten Jahres gab es dann sofort mit dem Dollarverfall Kurzarbeit. Wie hat sich das entwickelt?

G.: Die Geschäftsleitung hat Anfang November die Zahlen für Oktober veröffentlicht. Dabei kam raus, daß in den USA Autos auf Halde stehen. Im 4-Zylinder-Bereich hat sich das schon länger abgezeichnet.

V.: Habt ihr versucht deutlich zu machen, daß die Firma aufgrund ihrer Gewinne in den letzten Jahren den Lohnausgleich im Fall von Kurzarbeit bezahlen kann?

G.: Das war der Knackpunkt bei der Diskussion im Betriebsrat. Man hätte mit Rechenbeispielen für verschiedene Lohngruppen den Lohnausgleich deutlich machen und höhere Kurzarbeitsgelder herausholen können. Stattdessen hat die Betriebsratsmehrheit über Vereinbarungen abgestimmt, die sowieso teilweise tariflich abgesichert sind, und diese noch als Erfolg verkauft. Wir wollten, daß zumindest die am 1.4.88 geltende Tarifregelung vorgezogen wird. Danach muß im Monat 80% des Bruttocommerts bezahlt werden. Dies kommt zum Tragen bei über 10 Tagen Kurzarbeit im Monat. Und wir kommen im



Auch der Spätkapitalismus ist nicht krisenfrei! Bis Juli gibt es bereits Vereinbarungen. Und danach wird es so weitergehen. Die Geschäftsleitung erwartet im Frühjahr einen Absatzrückwuchs. Doch die Zahlen im Februar liegen bereits unter ihren Erwartungen.

V.: Helfst das, daß die Produktion noch weiter heruntergefahren wird?

G.: Jedes Auto, das produziert wird, ist zuviel. Es gibt Spekulationen, daß die 4-Zylinder-Produktion ein-



Ricardo Torres (oben) und Gert Aldinger (unten), Betriebsräte bei Porsche



VORAN

„Steuerreform“ Bankrott von Städten Und Gemeinden

Die Stadt Kassel (ca. 190.000 Einwohner), seit über 30 Jahren SPD-regiert, ist nur ein Beispiel für die Finanzentwicklung von Städten und Gemeinden in den kommenden Jahren. Viele Städte und Gemeinden sind schon heute hoch verschuldet. Auch die Stadt Kassel kämpft schon seit langem mit diesem Problem. Ihre tatsächliche Verschuldung liegt bei ca. 670 Mio. DM (1987). Dadurch zahlt die Stadt jährlich ca. 27. Mio. DM Zinsen an „private“ Banken.

Die bevorstehende Weltwirtschaftskrise wird sich in Form von Arbeitslosigkeit und somit drastisch steigenden Sozialhilfeempfängern direkt auf die Finanzen der Stadt auswirken. Dabei hat Kassel mit 16% schon eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, wobei der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit sogar 23% beträgt.

Bisherige Auswirkungen

Seit der Wende '82, also in der schleichenden Aufschwungphase, stiegen die Sozialhilfeausgaben von Netto (Abzug aller Rückstellungen und Sozialhilfesteuern) 30,7 Mio. DM auf 73,4 Mio. DM jährlich. Dies ist mehr als eine Verdoppelung. Wie soll das in der nächsten Rezession erst werden?

Die Personalkosten sind hingegen nur um 18% gestiegen. An Personalausgaben, wie so oft behauptet, kann es also nicht liegen. Aber genau da fängt man an zu sparen. Trotz steigendem Personalbedarf, besonders im Sozialhilfebereich, wurden im Zeitraum 1982 bis '87 knapp 100 Stellen abgebaut. Auch im Jugendbereich gab es schon Kürzungen. So wurden z.B. zwei Jugendzentren gestrichen. Die Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG)

hat ebenfalls Sparmaßnahmen durchgeführt. Die Taktzeiten der Straßenbahnen im Abendverkehr sind verlängert worden und kürzlich hat man zum zweiten Mal innerhalb von 8 Monaten die Fahrpreise erhöht.

Auswirkungen der Steuerreform

Die sogenannte „Steuerreform“ wirkt ganz neue Dimensionen auf. Über 35 Mio. DM gehen der Stadt Kassel 1988 durch diese Steuerumverteilung verloren.

Die Handlangerdienste der Kohl-Regierung für das Kapital werden am deutlichsten. Die Körperschaftsteuer ist die Besteuerung der Gewinne von Kapitalgesellschaften, also GmbHs und AGs. Diese Steuer ist von 56% auf 50% gesenkt worden. Damit werden dem Kapital ca. 5 Mrd. DM mehr in den Taschen geworfen.

Die Prognosen für die Stadt sind düster. Bis 1990 rechnet man mit einem Defizit von über 100 Mio. Angesichts dieser Entwicklung wird man wohl Anfang der 90er auch darüber nachdenken müssen, wieviel Büche-

reien, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen sich die Stadt noch leisten kann, vernahm man aus der Stadtkammer.

Perspektiven

Bei diesen katastrophalen Aussichten ist es überhaupt noch nicht berücksichtigt: die bevorstehende Weltwirtschaftskrise. Ihre Auswirkungen, insbesondere auf die Arbeitslosigkeit, werden die Stadt dem finanziellen Kollaps nahe bringen. Angesichts dieser Lage muß die Kasseler SPD, ja die SPD überhaupt, eindeutig Stellung beziehen. Es kann und darf nicht sozialdemokratischer Politik entsprechen, sich dem Krisendiktat der Kohl-Regierung zu beugen, weitgehend Kürzungen und Streichungen dorthinzufließen und die Krise der kapitalistischen



So wie hier in Duisburg wird es wegen der Steuerreform in vielen Städten zur Schließung öffentlicher Einrichtungen kommen.

Aus der Geschichte lernen Krankenkassen im Arbeiterhand

Das Gesundheitswesen kostet zu viel – das hören wir jetzt schon seit Jahren. Blum versucht das Problem zu lösen, indem er den Versicherten höhere Kosten aufbürdet, die Konzerne aber ungeschoren läßt. Und dabei zeigt die über hundertjährige Geschichte der gesetzlichen Krankenkassen nicht bloße Honorar- und Profitsammelstellen für Ärzteschaft und Pharmaindustrie abgeben müssen.

Wurden die Kassen Ende des letzten Jahrhunderts von der wilhelminischen Obrigkeit als Konkurrenz zu den meist sozialdemokratischen Arbeiterhilfskassen gegründet, um die Selbstorganisation der Arbeiter auf allen Ebenen zu bekämpfen, haben sie dieses Ziel bei weitem verfehlt.

Als die Arbeiter an der freien Betätigung in ihren Kassen gehindert wurden, bemühten sie sich der bis dahin von den Unternehmern beherrschten Ortskrankenkassen. In diese Kassen brachten sie nach und nach ihre sozialistischen Vorstellungen von Ge-

sundheitsvorsorge und Arbeitsschutz (der Gewerbeligene) und das Sach- und Eigenleistungsprinzip ein. Konkret gesprochen haben sie nichts anderes getan, als ihre eigenen Ärzte zu beschäftigen, Behandlungs- und Vorsorgeträger zu errichten – die sogenannten Ambulatoreien –, die Medikamente nur gesammelt einzukaufen und viele andere Dinge wie Brillen und Gehhilfen in eigenen Werkstätten herzustellen und selbst auszugeben.

Arbeiterselbstverwaltung

Nach der gescheiterten Revolution von 1918/19 konnte sich auf der Grundlage der Arbeiterselbstverwaltung vor allem in Berlin und in den Unterwerstädten (heute Bremerhaven) neben den privatwirtschaftlichen Gesundheitswesen ein eigenständiges der arbeitenden Bevölkerung entgegenwirken. Für den Aufbau der Ambulatoreien waren ausschließlich die Beiträge der Kassenmitglieder maßgebend.

Die Arbeiterselbstverwaltung betonte die Kassenbeiträge sorgfältig und achtete darauf, daß nichts ver-

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Dafür kämpft VORAN

- Rücknahme aller Kürzungen um ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsvorsorge, der Bildung...
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als eine durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Wirtschaft auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung, besonders der sozial Schwachen abzuwälzen.

Der Altbrechplan, welcher eine Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfekosten vorsieht, bringt zwar den Städten und Gemeinden eine gewisse Entlastung, löst aber nicht das eigentliche Problem. Die verschwenderte Wirtschaft des kapitalistischen Systems und die Konzentrierung des Reichtums in den Händen einiger weniger – das sind die wirklichen Hintergründe von Verschuldung und Sozialabbau. Dies zu erkennen ist wichtig, man muß aber auch etwas tun zur Veränderung dieser Verhältnisse.

Die SPD muß die Rücknahme der „Steuerreform“ fordern und einen Gegenentwurf bringen. Das Ende April

zur Hälfte mit Nazis besetzt, die andere Hälfte stellten die Kapitalvertreter. Spätestens heute, wo Kapital und Regierung darüber stöhnen, daß die

Ge sundheitsdienste – von denen Kapital doch zum Teil so stark profitiert – unbezahlbar werden, muß diese erprobten Alternativen für arbeitende Bevölkerung wieder freigelegt werden und in ein Programm sozialistischen Umgestaltung des Gesundheitswesens aufgenommen werden.

Michael Müller, Bremerhaven
Jungsozialist

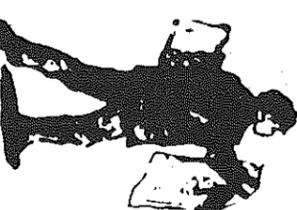


Kinderarbeit in einer Glashütte: Die schlechten Arbeitsbedingungen führten zu häufigen Erkrankungen.

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name:
Anschrift:

Telefon:
Bitte einschenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte **VORAN** abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon:

Bitte einschenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500-59-430